



# **Bewertungsmodell für die hessische Polizei**

Bearbeitet von Karina Jaeger (HStAD), Marina Laube (HStAM), Dr. Dirk Petter (HStAM), Dr. Eva Rödel (HLA, HStAD), Marius Sommer (HHStAW), Dr. Carl Christian Wahrmann (HHStAW)

Genehmigt durch den Präsidenten des Hessischen Landesarchivs, Prof. Dr. Andreas Hedwig, am 14.02.2019.

Zuletzt aktualisiert von David Gniffke am 15.06.2021.

# Inhaltsverzeichnis

## 1 Einleitung

1.1	Genese des Projektes und Arbeitsmethoden	3
1.2	Ziele der Überlieferungsbildung	4
1.3	Überlieferungssituation in den Staatsarchiven	5
1.4	Modellpflege und Evaluation	6

## 2 Aufgaben und Organisation der hessischen Polizei

2.1	Entstehung und Entwicklung	7
2.2	Gesetzliche Grundlagen	8
2.3	Aufgaben, Organisation und Struktur	9

## 3 Die Schriftgutverwaltung der hessischen Polizei

3.1	Normative Grundlagen	11
3.2	Organisation und Qualität	11

## 4 Parallelüberlieferungen

## 5 Bewertung

5.1	Bewertung zentraler Schriftgutgruppen	16
5.2	Quantifizierung und Gesamtmengenprognose	17
5.3	Übersicht zu den Bewertungsentscheidungen in Katalogform	18
	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (ohne LPP)	18
	Landespolizeipräsidium	18
	Flächenpräsidien	23
	Polizeidirektionen	30
	Reviere und Stationen	33
	Hessisches Polizeipräsidium für Technik	36
	Bereitschaftspolizei	40

## Anhang

	Kriterienkatalog für die Beurteilung der Archivwürdigkeit von Schriftgut aus Kriminalaktensammlungen durch Polizeidienststellen	50
	Abkürzungsverzeichnis	51
	An die Polizei ausgegebener Fragebogen zur Schriftgutverwaltung	53
	Weiterführende Literatur	56

# 1. Einleitung

## 1.1. Genese des Projektes und Arbeitsmethoden

Für die im Masterplan "Bewertungs- und Übernahmestrategie durch Bewertungsmodelle"<sup>1</sup> sehr hoch priorisierte Polizei wurde zum 1. November 2015 seitens des Hessischen Landesarchivs eine Arbeitsgruppe einberufen.

Die im Kontext der Erstellung des Masterplans vorgenommene Binnenpriorisierung der Polizei ergab, dass die Erarbeitung eines Modells für folgende Organisationseinheiten besonders dringlich anzusehen ist:

- Landespolizeipräsidium
- Flächenpolizeipräsidien
- Direktionen mit Inspektionen, Spezialeinheiten
- Stationen / Reviere
- Bereitschaftspolizeipräsidium mit Wasserschutzpolizei, Polizeifliegerstaffel, Polizeireiterstaffel, Polizeiärztlichem Dienst
- Hessisches Polizeipräsidium für Technik

Bereits seit 2014 waren die zum Teil lange ruhenden Kontakte zur Polizei durch alle drei Staatsarchive intensiviert bzw. wiederaufgenommen worden. Zudem erfolgten eine Überarbeitung des durch das vorliegende Bewertungsmodell nun abgelösten Merkblattes für die Aussonderung von Polizei-Schriftgut, bilaterale Absprachen zur Anbietetung von Unterlagen sowie die Durchführung von Inhouse-Schulungen zur Schriftgutverwaltung und Behördeninformationstage.

Zwar konnten in den letzten Jahren zu deutlich mehr Organisationseinheiten der Polizei Kontakte hergestellt werden als dies in der Vergangenheit der Fall war, trotzdem bestand das Ungleichgewicht zwischen einer unzureichenden Überlieferungsbildung auf oberster Organisationsebene und der überproportional dichten Überlieferung bzw. eines sehr engagierten Anbietetverhaltens im nachgeordneten Bereich weiter fort. Traditionell bilden die Bestände in den Staatsarchiven daher deutlich mehr Akten von Stationen und Revieren ab als von Präsidien und Direktionen.

Durch das nun vorliegende Modell wird die Überlieferungsbildung für Unterlagen der oben aufgeführten Organisationseinheiten der Polizei hessenweit nach einheitlichen Kriterien erfolgen. Zudem werden nur die aussagekräftigsten Unterlagen übernommen und die große Anzahl von Einheiten im nachgeordneten Bereich unterhalb der Präsidien repräsentativ gesammelt. Diesem Sample wurden eine gleichmäßige regionale Verteilung und ein ausgewogenes Verhältnis von (groß)städtischen und ländlichen Dienststellen zugrunde gelegt. In Fortführung der bisherigen Überlieferungspraxis werden durch die Staatsarchive Darmstadt und Marburg auch Unterlagen der untersten Dienststellenebene (Reviere und Stationen)

---

<sup>1</sup> S.: <https://landesarchiv.hessen.de/sites/landesarchiv.hessen.de/files/content-downloads/Masterplan%20Bewertungsmodelle.pdf> (Abruf am 09.04.2018).

Berücksichtigung finden, im Gegenzug wird durch das Hessische Hauptstaatsarchiv eine zusätzliche Direktion aus der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main überliefert. Die Umsetzung des Bewertungsmodells soll dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Hessischen Landesarchiv weiter zu optimieren.

Um sich einen Überblick über Aufgaben und Schriftgutverwaltung der einzelnen Behörden zu verschaffen und die archivwürdigen Unterlagen zu ermitteln, erstellte die Arbeitsgruppe Fragebögen (s. Anhang). Bei Organisationseinheiten, die zwar dieselben sachlichen aber unterschiedliche örtliche Zuständigkeiten hatten, wurden die Kontakte nur zu ausgewählten Organisationseinheiten gesucht und die Ergebnisse auf die anderen Einheiten übertragen.<sup>2</sup>

Hinsichtlich der angewandten Methoden sind die horizontale und vertikale Bewertung, die Samplebildung sowie Fachverfahrens- und Aktenautopsien und Gespräche mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort zu nennen.

Zudem wurden die hessischen Kommunalarchive aufgerufen, Sachverhalte zu benennen, die aus Sicht der Kommunen im Modell abzubilden sind. Auf den Aufruf hin beteiligten sich ausschließlich das Stadtarchiv Kassel und das Stadtarchiv Weiterstadt. Beide Einrichtungen benannten die kommunale und staatliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Prävention. Man einigte sich, dass hierzu eine Archivierung auf Ebene des Landespräventionsrates (übergreifende Entwicklungen und grundsätzliche Entscheidungen) ausreichend erscheint. Da die Geschäftsführung des Landespräventionsrates im Justizministerium angesiedelt ist, erfolgt die Überlieferungsbildung nicht über die Polizei, sondern die Justiz.

Die Arbeitsgruppe bestand aus folgenden Mitgliedern: Karina Jaeger (Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt), Marina Laube (Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Staatsarchiv Marburg), Dr. Dirk Petter (Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Staatsarchiv Marburg), Dr. Eva Rödel (Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Präsidialbüro, Leitung), Marius Sommer (Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Hauptstaatsarchiv), Dr. Carl Christian Wahrmann (Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Hauptstaatsarchiv).

## **1.2 Ziele der Überlieferungsbildung**

Die Arbeitsgruppe orientierte sich bei der Erarbeitung des Modells sowohl an formalen als auch an inhaltlichen Kriterien.

Allgemeine / formale Ziele:

- Übernahme der aussagekräftigsten Überlieferung mit hohem Informationswert bei der jeweils federführenden Stelle
- Schaffung einer ausgewogenen und repräsentativen Überlieferung für das gesamte Land

---

<sup>2</sup> Exemplarisch wurden ausgewählt: Polizeipräsidium Frankfurt am Main, Polizeipräsidium Osthessen, Polizeipräsidium Südosthessen, Polizeidirektion Gießen mit EG Gießen, Polizeidirektion Marburg, Polizeidirektion Frankfurt (D 100), Polizeistationen Bad Vilbel, Biedenkopf, Marburg, Rüsselsheim, 2. Polizeirevier Darmstadt, Polizeirevier Kassel.

- Fokussierung auf eine kondensierte Überlieferung (z. Bsp. Vermeidung von Doppel- und Mehrfachüberlieferungen, gezielte Auswahl bei Massenakten)
- Berücksichtigung sowohl der analogen als auch digitalen Unterlagen
- Leichte Umsetzbarkeit der Bewertungsentscheidungen für die Polizei und das Landesarchiv

#### Inhaltliche Ziele:

- Abbildung des polizeilichen Handelns in seinen maßgeblichen Tätigkeitsbereichen in konzentrierter Form (z. Bsp. Gefahrenabwehr, Verfolgung von Straftaten)
- Dokumentation relevanter Entwicklungsprozesse im hessischen Polizeiwesen
- Abbildung gesellschaftlicher Entwicklungen und zeittypischer Phänomene (z. Bsp. Einsatzhandeln der Polizei als Reaktion auf politische, soziale Veränderungen innerhalb der Gesellschaft, Umgang der Gesellschaft mit der Polizei, Entwicklung der „Qualität“ und Intensität von Verbrechen, Aufkommen neuer Verbrechensformen wie Cyberkriminalität)
- Dokumentation zu wichtigen Personen und Ereignissen (z. Bsp. Terroranschläge, Besuche international bedeutender Persönlichkeiten)
- Dokumentation des Aufbaus und des Verwaltungshandelns der Polizei
- Überlieferung ausgewählter sonstiger Aktivitäten der Polizei (wie z. Bsp. Öffentlichkeitsarbeit)

### 1.3 Überlieferungssituation in den Staatsarchiven

Die am Hessischen Hauptstaatsarchiv verwahrten Unterlagen verteilen sich auf die Abteilungen 530 (Hessische Polizeischule / Polizeiakademie), 535 (Hessisches Polizeiverwaltungsamt), 540 (Wasserschutzpolizeiamt), 544 (Hessisches Landeskriminalamt), 564 (Hessisches Bereitschaftspolizeipräsidium), 565 (Polizeifliegerstaffel Hessen), 566 (Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung), 770 (Polizeipräsidium Frankfurt am Main), 771 (Polizeipräsidium Westhessen (Wiesbaden)), 779 (Polizeipräsidium Mittelhessen (Gießen)), 780 (Polizeipräsidium Südosthessen (Offenbach)) sowie die in Abteilung 503 (Hessisches Ministerium des Innern) integrierte Überlieferung des Landespolizeipräsidiums, bei dem es sich um keine selbstständige Dienststelle handelt. Weitere Unterlagen für die Zeit vor der Verstaatlichung der Polizei befinden sich in den Beständen der Landratsämter (Abt. 652-663).

Die Gesamtmenge der verwahrten Unterlagen (außer Landratsämter) beträgt im analogen Bereich etwa 550 lfm, im digitalen Archiv sind gegenwärtig mehr als 16 GB vorhanden. Den für die nachgeordneten Dienststellen feststellbaren Überlieferungslücken, die v.a. auf unregelmäßige Kontakte zurückzuführen sind, wurde in der Vergangenheit mit einer Konzentration auf die ministerielle Ebene begegnet. Neben dem Organisations-, Liegenschafts- und Schulungswesen umfassen die Abteilungen hauptsächlich Einsatz-, Personal- und Kriminalakten.

Der am Hessischen Staatsarchiv Darmstadt verwahrte Bestand H 4 umfasst Unterlagen der Polizeipräsidien Südhessen (Darmstadt), Mittelhessen (Gießen) und Südosthessen (Offenbach a.M.) sowie einzelner, nachgeordneter Direktionen und Stationen / Reviere. Darüber hinaus befindet sich im Bestand ein kleiner Teil Schriftgut der in Süd- und Oberhessen gelegenen Organisationseinheiten des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums.

Der Umfang des Bestandes beläuft sich auf etwa 230 laufende Meter (lfm) sowie auf ca. 10 GB in digitaler Form, die zusammen einen Zeitraum von 1945 bis 2017 abdecken. Neben Schriftgut zur Organisation der einzelnen Dienststellen befinden sich im Bestand H 4 vor allem Ermittlungs-, Einsatz- und Kriminalakten, Akten zum Verkehrswesen sowie Personalakten.

Da der Bestand erst in den 1970er Jahren intensiv aufgebaut wurde, gibt es an dieser Stelle verhältnismäßig wenig Material aus der Zeit vor 1970. Unterlagen bis zur Verstaatlichung der Polizei befinden sich schwerpunktmäßig in den Beständen der Landkreise (H 2).

Die im Hessischen Staatsarchiv Marburg vorhandene Überlieferung aus dem Bereich der Polizeipräsidien umfasst vier Bestände: Im Bestand 175 Polizeipräsidium Kassel, 45,38 lfm, werden Unterlagen aus der Zeit vor 1945 verwahrt. Der Bestand 415 Polizeipräsidium Kassel (16,38 lfm) enthält Unterlagen des Zeitraums von 1945 bis zur Polizeireform im Jahr 2001. In den im Aufbau befindlichen Beständen 416 Polizeipräsidium Nordhessen und 417 Polizeipräsidium Osthessen, zusammen 15,12 lfm sowie derzeit ca. 6 MB in digitaler Form, wird die Überlieferung der Flächenpräsidien Kassel und Fulda seit 2001 aufbewahrt. Die Bestände enthalten im Wesentlichen Verwaltungs- und Personalakten sowie Einsatz- und Kriminalakten.

Der den Polizeipräsidien nachgeordnete Bereich wird durch Unterlagen der Polizeidirektionen und Polizeistationen bzw. -reviere abgebildet. Folgende Bestände sind zu nennen: 431 Polizeidirektion Kassel, 432 Polizeidirektion Marburg-Biedenkopf, 433 Polizeidirektion Werra-Meißner (zusammen 9,5 lfm), 442 Polizeirevier Mitte, 443 Polizeirevier Ost, 444 Polizeirevier Süd-West, 445 Polizeirevier Nord, 460 Polizeistation Stadtallendorf, 461 Polizeistation Fritzlar, 462 Polizeistation Melsungen, 463 Polizeistation Schwalmstadt, 464 Polizeistation Biedenkopf, 465 Polizeistation Eschwege, 466 Polizeistation Marburg (zusammen etwa 32 lfm). Enthalten sind Verwaltungs-, Einsatz- und Kriminalakten, Mitteilungsblätter, Briefgabebücher, Statistiken, Aufnahmenachweise und Tätigkeitsbücher, schwerpunktmäßig aus dem Zeitraum 2001-2014. Darüber hinaus werden Unterlagen aus der Zeit vor der Verstaatlichung der kommunalen Vollzugspolizei in der Beständegruppe 180 Landratsämter und Unterlagen der Vollzugspolizei von ca. 1970-2001 in der Beständegruppe 405 Landratsämter verwahrt.

## **1.4 Modellpflege und Evaluation**

Das Bewertungsmodell soll kontinuierlich evaluiert und fortgeschrieben werden.<sup>3</sup> Dies erfolgt im Rahmen des ebenfalls fortzuschreibenden Masterplans Bewertungsmodelle.

---

<sup>3</sup> S. dazu auch: Evaluierung von Bewertungsdokumenten. Beiträge zur archivischen Überlieferungsbildung, hg. vom Arbeitskreis "Archivische Bewertung" im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA), Stuttgart 2018.

## 2 Aufgaben und Organisation der hessischen Polizei

### 2.1 Entstehung und Entwicklung<sup>4</sup>

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgte unter der Ägide der US-amerikanischen Militärregierung der Neuaufbau der Polizei im entstehenden Bundesland Hessen.<sup>5</sup> Um eine Machtkonzentration auf staatlicher Ebene zu verhindern, galt das Prinzip einer Dezentralisierung nach amerikanischem Muster. So wurden alle Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern dazu verpflichtet, eine eigene kommunale Polizei aufzustellen. Gleichzeitig wurden Aufgaben, die nicht unmittelbar der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dienten, auf die allgemeine Verwaltung verlagert.

Parallel zum Aufbau dieser unteren Ebene polizeilichen Handelns in Verantwortung der Kommunen wurden noch im Jahr 1945 übergeordnete staatliche Strukturen geschaffen: In den Regierungsbezirken Wiesbaden und Darmstadt wurden eine Gendarmerie und im Bezirk Kassel eine Landjägerei eingerichtet, die der beim Großhessischen Innenministerium ebenfalls neu entstandenen Gendarmerie-Direktion nachgeordnet waren.<sup>6</sup> Ab 1948 wurde zudem die staatliche Kriminalpolizei, die bis dahin zur Landesgendarmerie gehört hatte, verselbstständigt und staatliche Kriminalkommissariate und Kriminalstationen auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilt. Vervollständigt sah sich diese Organisationsstruktur durch die Einrichtung des Landeskriminalamtes<sup>7</sup>, einer Grenzpolizei<sup>8</sup> (bestehend aus zwei Abschnittskommandos und mehreren Grenzpolizeistationen), der Hessischen Wasserschutzpolizei, der Hessischen Polizeischule sowie ab 1951 der Hessischen Bereitschaftspolizei mit zunächst zwei Abteilungen und sechs Hundertschaften.<sup>9</sup>

Mit geringfügigen organisatorischen Änderungen, die vor allem durch das Ende der Militärregierung bedingt waren, bestand die in den Jahren nach 1945 geschaffene Polizeistruktur bis Ende der 1950er Jahre fort. Dann jedoch setzte ein Prozess der Neuorganisation mit dem Ziel der Zentralisierung und Verstaatlichung ein, der bis Mitte der 1970er Jahre andauerte.<sup>10</sup> In mehreren Etappen, gestaffelt nach der Zahl der Einwohner, gingen die bis dahin kommunal getragenen Polizeidienststellen der Städte und Gemeinden in die Zuständigkeit des Landes über. Insbesondere übernahmen nun die Landräte in den hessischen Landkreisen die Rolle von Führungsstellen für die Schutz- und Kriminalpolizei. Darüber bildeten die Regie-

---

<sup>4</sup> Dieser Abschnitt stützt sich wesentlich auf Kurt Kraus / Horst Grimminger / Peter Schmidt, Die Geschichte der hessischen Polizei und mehr, in: <https://www.polizei.hessen.de/ueber-uns/geschichte/> (Abruf am 10.04.2018).

<sup>5</sup> Vgl. Daniell Bastian, Westdeutsches Polizeirecht unter alliierter Besatzung (1945-1955), Tübingen 2010, S. 20ff.

<sup>6</sup> Vgl. Franz Bayer / Heinz Dörnenburg, Die Geschichte der hessischen Gendarmerie, Darmstadt 1950.

<sup>7</sup> Siehe Hartmut Seltmann, Hessisches Landeskriminalamt im Wandel der Zeiten 1945-1981, in: Hessische Polizei-Rundschau, Heft 2, 1982, S. 24-33; Klaus Timm, 50 Jahre Hessisches Landeskriminalamt, in: Hessische Polizei-Rundschau, Heft 9, 1995, S. 9-20.

<sup>8</sup> Vgl. Wolfgang Weide / Kurt Kloos, Die hessische Grenzpolizei, in: Hessische Polizei-Rundschau, Heft 1, 1986, S. 22-25.

<sup>9</sup> Vgl. Claudia Biesterfeld-Ratowicz, 50 Jahre Hessische Bereitschaftspolizei. Rückblick und Zukunft, in: Hessische Polizei-Rundschau, Heft 8/9, 2001, S. 10-16.

<sup>10</sup> Vgl. Walter Kraus, Vom Gendarmerie-Kreiskommissariat zur Polizeistation, in: Hessische Polizei-Rundschau, Heft 2, 1977, S. 17-18; Organisation der hessischen Vollzugspolizei, in: Hessische Polizei-Rundschau, Heft 4, 1978, S. 14-15.

rungspräsidien eine Aufsichts- und Koordinierungsinstanz. Für die Umlandkreise der Großstädte traf man eine Sonderregelung. Sie wurden mit den kreisfreien Städten zu einheitlichen Polizeibezirken zusammengelegt und der Leitung eines Polizeipräsidenten unterstellt.

Die jüngste Reorganisation der hessischen Polizei, die den bis heute gültigen Behördenaufbau geschaffen hat, erfolgte im Rahmen der Polizeireform des Jahres 2001.<sup>11</sup> Nachgeordnet dem beim Hessischen Ministerium des Innern angesiedelten Landespolizeipräsidium, wurden sieben Flächenpräsidien geschaffen – Nordhessen (Kassel), Osthessen (Fulda), Südosthessen (Offenbach), Mittelhessen (Gießen), Südhessen (Darmstadt), Westhessen (Wiesbaden) und Frankfurt am Main –, denen jeweils Polizeidirektionen bzw. aufgabenspezifische Direktionen sowie die Polizeistationen und -reviere vor Ort unterstellt sind. Neu entstanden waren ebenfalls das Hessische Bereitschaftspolizeipräsidium in Mainz-Kastel sowie das Hessische Polizeipräsidium für Technik (HPT) (früher: Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung PTLV). Die Hessische Polizeischule (heute: Polizeiakademie Hessen), die Verwaltungsfachhochschule / Fachbereich Polizei (heute: Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung) und das Landeskriminalamt blieben als eigene Organisationseinheiten bestehen.

## 2.2 Gesetzliche Grundlagen

Den rechtlichen Rahmen für die Eingriffsbefugnisse der hessischen Polizei auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr sowie für die polizeiliche Organisation und die bestehenden Zuständigkeiten bildet das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. August 2018 (GVBl. S. 374). Das HSOG definiert die polizeilichen Aufgaben und Verantwortlichkeiten und regelt die Befugnisse für das präventive Agieren der Polizei, z.B. die Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen, Gewahrsamsnahmen, Durchsuchungen oder Telekommunikationsüberwachung. Es enthält Bestimmungen zur Androhung bzw. Ausübung unmittelbaren Zwanges, etwa durch Schusswaffengebrauch, sowie zu Schadensausgleich und Ansprüchen infolge polizeilicher Einsätze. Schließlich legt das HSOG die Behördenstruktur sowie die hiermit verbundenen Weisungsbefugnisse und Unterrichtungspflichten fest, zudem die örtliche Zuständigkeit der hessischen Polizeidienststellen.

Weiter ausgeführt wird das HSOG durch die Verordnung zur Durchführung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und des Hessischen Freiwilligen-Polizeidienst-Gesetzes (HSOG-DVO) vom 12. Juni 2007 (GVBl. I S. 323), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Oktober 2012 (GVBl. S. 326). Diese regelt die Zuweisung von Aufgaben der Gefahrenabwehr an die allgemeinen Ordnungsbehörden, die Organisation und Zuständigkeit der Polizeibehörden, die Ausbildung und Bestellung von Hilfspolizeibeamtinnen und Hilfspolizeibeamten, die Prüffristen bei gefahrenabwehrbehördlicher und polizeilicher Datenspeicherung sowie die Aufnahme in den Freiwilligen Polizeidienst.

---

<sup>11</sup> Vgl. zum seit 2001 gültigen Organisationsaufbau der hessischen Polizei den Artikel Organisationsreform Polizei 2001, in: Hessische Polizei-Rundschau, Heft 12, 2000, S. 1-28 sowie die Angaben und die als pdf-Dateien vorliegenden Organigramme unter <https://www.polizei.hessen.de/ueber-uns/organisation/> (Abruf am 10.04.2018).



Die Ermächtigung für das Tätigwerden der Polizeikräfte im Bereich der Strafverfolgung, d.h. für repressive Maßnahmen, ergibt sich aus der Strafprozessordnung (StPO). Insbesondere § 163 StPO regelt die Aufgaben und Befugnisse der Polizei im Ermittlungsverfahren. Er weist den Behörden sowie Beamtinnen und Beamten des Polizeidienstes die allgemeine und umfassende Pflicht zu, Straftaten zu erforschen und die notwendigen Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung einer Sache zu verhüten. Weitere Rechtsgrundlagen, die im Rahmen der Polizeiarbeit zur Anwendung kommen können, sind z.B. das Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG), das die Aufgaben der Polizei zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten sowie die dazu erforderlichen Befugnisse regelt, das Versammlungsgesetz (VersammlG), das Spezialbefugnisse für Präventivmaßnahmen der Polizei enthält, das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) und die Straßenverkehrsordnung (StVO) bzw. das Straßenverkehrsgesetz (StVG).

### **2.3 Aufgaben, Organisation und Struktur**

Die redensartige Bezeichnung der Polizei als „Freund und Helfer“ existiert nicht ohne Grund. Sie spiegelt eine wesentliche Funktion der Polizistinnen und Polizisten wider, die in der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht. Dementsprechend kommen der Polizei qua Gesetz die Aufgaben der Gefahrenabwehr im Innern, der Hilfeleistung, der Aufklärung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie der Verbrechensprävention zu. Darüber hinaus ist sie u.a. zuständig für die Regelung des Straßenverkehrs sowie die Aufnahme und Ermittlung bei Verkehrsunfällen, sie sichert Wasserstraßen, führt Personen- und Objektschutzmaßnahmen durch und begleitet Demonstrationen.

Oberste Behörde der hessischen Polizei ist das Landespolizeipräsidium (LPP), das gleichzeitig als Abteilung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS) firmiert. Das LPP gliedert sich in den Abteilungsstab sowie die Organisationseinheiten LPP 1 (Einsatz), LPP 2 (Recht), LPP 3 (Personal), LPP 4 (Grundsatz, Organisation, internationale Polizeiangelegenheiten) und LPP 5 (Technik). Es ist verantwortlich für Grundsatzangelegenheiten, Organisation, Personal und Haushalt der Polizei in Hessen, ihm obliegt die Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Polizeidienststellen und es beherbergt das Lagezentrum der Hessischen Landesregierung. Dem LPP direkt unterstellt sind sowohl die sieben bereichszuständigen Polizeipräsidien (Nordhessen, Osthessen, Frankfurt am Main, Südhessen, Mittelhessen, Westhessen und Südosthessen) als auch die vier zentral zuständigen Behörden (Hessisches Bereitschaftspolizeipräsidium, Hessisches Polizeipräsidium für Technik, Hessisches Landeskriminalamt, Polizeiakademie Hessen).

Die Flächenpräsidien sind weitgehend einheitlich strukturiert und umfassen neben einigen zentralen Einheiten (z.B. Präsidialbüro, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) jeweils drei Abteilungen: Verwaltung, Einsatz mit Abteilungsstab, Zentrale Dienste. Der Abteilung Einsatz sind die Direktionen (Polizeidirektionen, Kriminaldirektionen, Spezialeinheiten / Spezialkräfte, Sonderdienste, Verkehrssicherheit) nachgeordnet, deren Zuständigkeitsbereiche wiederum durch Polizeistationen und -reviere sowie durch Zentrale und Regionale Kriminalinspektionen ausgefüllt werden.

Mit Blick auf die vier zentralen Behörden ist das in sechs Abteilungen gegliederte Hessische Landeskriminalamt (HLKA) die zentrale Dienststelle des Landes für Aufgaben der Kriminalitätsbekämpfung und übt die diesbezügliche Fachaufsicht aus. Das Hessische Bereitschaftspo-

lizeipräsidium (HBPP) ist als oberste Instanz der Bereitschaftspolizei zuständig für die Unterstützung bei Großlagen (z.B. Fußballspiele, Demonstrationen) sowie die Wahrnehmung von Schwerpunktaufgaben (z.B. bei der Kriminalitätsbekämpfung). Das Hessische Polizeipräsidium für Technik verantwortet in der Hauptsache die technische Funktionssicherung der hessischen Polizei, wozu u.a. die Bereitstellung von Einsatztechnik und polizeilicher Informations- und Kommunikationstechnik, die Bestellung des Fuhrparks sowie die Beschaffung von Uniformen und Einsatzgerät zählen. Die Polizeiakademie Hessen schließlich fungiert als Einstellungsbehörde für Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter und ist auf den Gebieten der Aus- und Fortbildung tätig.

## 3 Die Schriftgutverwaltung der hessischen Polizei

### 3.1 Normative Grundlagen

Die Aktenführung der hessischen Polizei inklusive des LPP erfolgt nach einem Einheitsaktenplan, der auf die neueren Unterlagen mehrheitlich Anwendung findet. Der Einheitsaktenplan kann von einzelnen Dienststellen nach ihren Erfordernissen erweitert werden (z. Bsp. für die Zusammenarbeit mit Landkreisen oder im Zuge der HeDok-Einführung) und enthält dadurch je nach Dienststelle auch bereichsspezifische Aktenzeichen. Darüber hinaus bestehen im Polizeipräsidium Osthessen und in Teilbereichen des Polizeipräsidioms Frankfurt am Main eigene Ordnungssysteme. Als weitere landeseinheitliche Richtlinien finden die KPS-Richtlinien, die Verschlussachenanweisung sowie die ComVor-Dienstanweisung Verwendung. Spezifische Akten-, Registratur- und Geschäftsordnungen existieren in verschiedenen Dienststellen.

### 3.2 Organisation und Qualität

Die analoge Akte ist nach übereinstimmender Auskunft für die Polizei weiterhin führend. Vereinzelt Ausnahmen betreffen derzeit nur Unterlagen mit nachrangigem Informationsgehalt (z. Bsp. Beschaffungsvorgänge, Asservatenbuch). Kennzeichnend für die Polizei ist jedoch der hohe Grad an Automatisierung der täglichen Arbeit durch den Einsatz zahlreicher Fachverfahren mit z. T. bundesländerübergreifendem Zuschnitt, obwohl auch hier nur den Papierakten eine rechtliche Verbindlichkeit zukommt. Datenmanagementsysteme finden bislang kaum Anwendung, stattdessen werden die nicht in Fachverfahren geführten Informationen meist mit der unter Windows angebotenen Ordnerstruktur geführt.

Durch die charakteristische Befehls- und Berichtsstruktur, standardisierte Formulare und Arbeitsabläufe ist die Qualität der Akten weitgehend als gut zu bezeichnen. Begünstigt wird dies durch die in der Polizei üblichen häufigen Versetzungen innerhalb Hessens, bei denen auch an der neuen Dienststelle ein gleichmäßiges Arbeiten gewährleistet sein muss. Zahlreiche, bei der Kriminalitätsbekämpfung entstehende Unterlagen müssen sich zudem an den Erfordernissen der Justizbehörden orientieren. Gelegentliche Neugliederungen der Behördenstrukturen hatten keinen erkennbaren Einfluss auf die Aktenqualität.

Aufgrund der in den meisten Organisationseinheiten feststellbaren Fokussierung auf den operativen Dienst (Einsatzgeschehen) werden organisatorische Belange und damit auch Fragen der Aktenhaltung in einigen Fällen als weniger bedeutsam für die Arbeit der Polizei angesehen. Eine Übersicht über vorhandene Unterlagen (Aktenverzeichnis) und die verbundenen Aufbewahrungsfristen war nicht immer festzustellen, auch war die gesetzliche Anbiertungspflicht bislang oft unbekannt. Mit der Aktenführung sind die jeweiligen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, meist auf Abteilungsebene, betraut, Zentralregistaturen bestehen im Bereich der Kriminalakten. Altregistaturen mit Fachpersonal fehlen zumeist. Die Aufbewahrung erfolgt in den jeweiligen Dienststellen unter den lokalen Gegebenheiten und zeigt bereits vielfach angemessene Lösungen (separate, klimatisch geeignete Räume, z. T. mit Rollregalanlagen).

In allen Archivsprengeln sind in der Vergangenheit Kassationen ohne Beteiligung der Staatsarchive zu konstatieren. Zurückgeführt werden kann dieses Manko auf die früher in Unkenntnis des Archivgesetzes vielfach anzutreffende Ansicht einiger Polizeimitarbeiterinnen und -mitarbeiter, ausschließlich selbst für die Wahrung daten- und geheimchutzrechtlicher Sachverhalte verantwortlich zu sein, sowie auf die sich mittlerweile gewandelte Praxis der Staatsarchive, Aktenaussonderungen als Pflichtleistung der Behörden passiv zu erwarten. Im Landespolizeipräsidium ist die Aktenhaltung grundsätzlich dezentral in Sachbearbeiterablagen organisiert und durch den Einsatz von HeDok in allen Organisationseinheiten gekennzeichnet. Mehrere Sachgebiete haben den Wechsel zur elektronischen Akte bereits vollzogen. Allgemein kann die inhaltliche Aktenführung am LPP als angemessen bezeichnet werden, auch bestehen zwischen dem Hauptstaatsarchiv und dem LPP regelmäßige Aussonderungstermine im Rahmen der Kontakte zum Innenministerium, so dass von einer durchgängigen Überlieferung auszugehen ist. Die Aufbewahrungssituation der Altakten mancher Referate sollte verbessert werden, um sowohl den Zugriff in der Behörde als auch die spätere Erhaltung archivwürdiger Stücke besser gewährleisten zu können.

## 4 Parallelüberlieferungen

Ergänzend zu den Beständen der Hessischen Polizei (s. 1.3) werden in den Abteilungen des Hessischen Landesarchivs folgende korrespondierende Unterlagen aufbewahrt:

Bundesbehörden:

Zoll

In Hessen haben die Hauptzollämter Darmstadt, Frankfurt am Main und Gießen ihren Sitz. (Haupt-)Zollämter sind u.a. für die Zollabwicklung (Ahndung von Verstößen gegen Rechtsvorschriften des Zoll- und Verbrauchssteuerrechts), Überprüfung von Beschäftigten und Arbeitgebern in Bereichen des Ausländer-, Steuer- und Gewerberechts und für die Vorbereitung von Strafbefehlen zuständig. Die schriftliche Überlieferung der Hessischen Hauptzollämter befindet sich in den Beständen:

- HLA HHStAW Bestand 488 (Zollämter)
- HLA HStAD Bestände J 4 (Hauptzollämter Gießen und Darmstadt)
- HLA HStAM Bestände 602 / 1-3 (Hauptzollämter Fulda und Gießen, Steuer- und Zollamt Schmalkalden)

Bundespolizei

Die Bundespolizei, ehemals Bundesgrenzschutz, ist in Hessen u.a. mit der Bundespolizeidirektion Bundesbereitschaftspolizei in Fulda bei Kassel, mit der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main sowie mit weiteren Bundespolizeiinspektionen in Frankfurt am Main und Kassel vertreten. Die Bundespolizeibehörden sind u.a. für die Bereiche des Grenzschutzes, Luftsicherheit, Schutz für Objekte des Bundes und Kriminalitätsbekämpfung zuständig. Außerdem unterstützen sie die Landespolizei bei Großveranstaltungen, Naturkatastrophen oder sonstigen drohenden Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Im Gegensatz zu den Landespolizeibehörden wird die Bundespolizei ausschließlich im sonderpolizeilichen Bereich tätig und hat bundesweite Kompetenzen. 2005 wurde der ehemalige Bundesgrenzschutz in Bundespolizei umbenannt, da sich der Aufgabenbereich um die Hauptaufgabe des Grenzschutzes stetig erweitert hatte. Die schriftliche Überlieferung befindet sich in den Beständen:

- HLA HHStAW Bestand 937 (Bundesgrenzschutzamt Flughafen Frankfurt am Main)
- HLA HHStAW Bestand 939 (Bundesgrenzschutzamt Frankfurt am Main)
- HLA HHStAW Bestand 951 (Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main)
- HLA HHStAW Bestand 952 (Bundespolizeiinspektion Frankfurt am Main)
- HLA HStAM Bestand 610 (Bundespolizeipräsidium Mitte)

Landesbehörden:

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport ist die oberste Landesbehörde des Innern des Landes Hessen. Das Landespolizeipräsidium (LPP) ist als Abteilung III Bestandteil des Ministeriums. Die Akten des LPPs wurden eigens bewertet und in diesem Modell aufgeführt.

- HLA HHStAW Bestand 503 (Innenministerium)

## Hessisches Ministerium der Justiz

Auf Vorschlag des Hessischen Ministeriums der Justiz wurde 1992 durch einen Kabinettsbeschluss der Landespräventionsrat eingerichtet, der die Präventionsarbeit in Hessen stärken soll. Der Landespräventionsrat setzt sich aus Mitgliedern gesellschaftlicher und nichtstaatlicher Organisationen sowie aus Mitgliedern der Justiz-, Innen-, Kultus- und Sozialministerien zusammen und gliedert sich in derzeit zwölf Arbeitsgruppen: „Gewalt und Minderheiten“, „Gewalt im häuslichen Bereich“, „Prävention für ältere Menschen“, „Jugendkriminalität“, „Ladendiebstahl“, „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“, „Bekämpfung illegaler Graffiti“, „Gewalt im öffentlichen Raum bei Schülerinnen und Schülern“, „Kinderschutz“, „Sport und Prävention“, „Suchtprävention“ sowie „Ehrgewalt – Prävention von Gewalt in patriarchalischen Strukturen“. Die Moderation obliegt dem Hessischen Ministerium der Justiz.

Die Überlieferung zum Landespräventionsrat wird in dem Bestand des Hessischen Ministeriums der Justiz abgebildet:

- HLA HHStAW Bestand 505 (Justizministerium)

Darüber hinaus existieren auf Ministerialebene keine weiteren korrespondierenden Unterlagen.

## Justizverwaltung (Staatsanwaltschaften)

Die Rechts-, insbesondere die Strafrechtspflege obliegt der Hessischen Justiz, deren Akten die der Polizei ergänzen und die in einem eigenen Archivierungsmodell durch das Hessische Landesarchiv erfasst und bewertet wurden. Eine verbindende Aktengruppe stellen vor allem die Ermittlungs- und Kriminalakten der Polizei dar, da diese nach Abschluss der Ermittlungen an die Staatsanwaltschaften übergeben und dort in die Verfahrensakten integriert werden (s. Kapitel 5.1.). Die Verfahrensakten der Staatsanwaltschaften befinden sich in den Beständen:

- HLA HHStAW Bestand 631 a (Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht Frankfurt a.M.)
- HLA HStAD Bestände H 13 (Staatsanwaltschaften nach Standorten)
- HLA HStAM Bestand 254 (Generalstaatsanwalt Kassel)
- HLA HStAM Bestände 274 (Staatsanwaltschaften nach Standorten)

## Regierungspräsidien

Den Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel obliegt die Fachaufsicht über die Ordnungsbehörden der Landkreise und Städte mit über 50.000 Einwohnern. Sie sind u.a. zuständig für die Einhaltung folgender Gesetze und Verordnungen: Feiertagsrecht, Freiheitsentziehungsgesetz, das Friedhofs- und Bestattungsrecht, Nichtraucherschutzgesetz, Presseordnungswidrigkeiten, Sammlungsrecht und Sperrzeitverordnung. Darüber hinaus sind die Regierungspräsidien in Hessen am Brand- / Katastrophen- und Zivilschutz sowie an der klassischen Gefahrenabwehr (Halten und Führen von Hunden, Waffenrecht, Geldwäsche, Sperrgebiete etc.) beteiligt. Die schriftliche Überlieferung befindet sich in den Beständen:

- HLA HHStAW Bestand 650 A-C (Regierungspräsidium Wiesbaden)
- HLA HStAD Bestand H 1 (Regierungspräsidium Darmstadt)
- HLA HStAM Bestand 401 (Regierungspräsident Kassel nach 1945)
- HLA HStAM Bestand 501 (Regierungspräsidium Gießen)

## Landkreise

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren alle Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern verpflichtet, eine eigene Gemeindepolizei zu stellen, deren schriftliche Überlieferung in den Beständen der Landkreise zu finden ist. Diese Dienststellen wurden bis zur Verstaatlichung der Polizeibehörden zwischen 1958 und 1974 beibehalten.

Unterlagen zu Ordnungsangelegenheiten und Gefahrenabwehr der Landkreise befinden sich ebenfalls in den Beständen der Landkreise.

- HLA HHStAW Bestände 652-663 (Landratsämter)
- HLA HStAD Bestände H 2 (Landkreise)
- HLA HStAM Bestände 180 (Landratsämter bis zur hessischen Gebietsreform)
- HLA HStAM Bestände 405 / 01-07 (Landratsämter nach der hessischen Gebietsreform)

## Städte und Gemeinden

Die zum jeweiligen Ordnungsamt gehörende Kommunal- oder Stadtpolizei ist im kommunalen Bereich für die Überwachung des Verkehrs sowie für Jugendschutzkontrollen, Feldschutz, Zwangseinweisungen nach dem HFEG (jetzt PsychKHG) und der Überwachung der Satzungen zuständig. Diese ordnungspolitischen Aufgaben liegen nicht im Strafrechts-, sondern im Bußgeldbereich und beziehen sich ausschließlich auf das Gemeinde- oder Stadtgebiet.

Die Unterlagen befinden sich in den zuständigen Kommunalarchiven.

## 5 Bewertung

### 5.1 Bewertung zentraler Schriftgutgruppen

Zu den zentralen Aufgaben der Polizeibehörden gehört es zum einen, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren, zum anderen, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nachzugehen. Um das polizeiliche Handeln in diesen maßgeblichen Tätigkeitsbereichen darzustellen, dienen im Falle der Gefahrenabwehr die Einsatzakten, im Falle der Verfolgung von Straftaten die polizeilichen Ermittlungs- und Kriminalakten.

Polizeiliche Einsatzunterlagen zählen zu der zentralen Schriftgutgruppe der Abteilung Einsatz der Flächenpolizeipräsidien. Sie werden zu bestimmten Veranstaltungen geführt (z. Bsp. Feste, Demonstrationen, Sportveranstaltungen), oder aber zu akuten Schadens- und Gefahrenlagen (z. Bsp. Katastrophenfälle, Geiselnahmen, Anschläge). Aufgrund dieses Spektrums und der oftmals erforderlichen Spontanität erweisen sie sich als extrem heterogen und ohne festgeschriebenen Aufbau. Dieser folgt dem Ablauf und den konkreten Gegebenheiten eines jeden Einsatzes.

In Einsatzakten wird das Vorgehen zur Gefahrenabwehr transparent gehalten. In keiner anderen Aktengruppe findet polizeiliches und somit staatliches Handeln einen so gut dokumentierten Niederschlag. Die Unterlagen geben Aufschluss über den Anlass, Ablauf und die Entwicklung eines Einsatzes und bieten zahlreiche Hintergrundinformationen. Auch Bildmaterial (z.B. Luftbildaufnahmen) und Videomaterial können enthalten sein. In einigen Fällen kann eine Einsatznachbereitung vorhanden sein, die Aufschluss über die Wahrnehmung der Polizei über den Erfolg oder aber die gemachten Fehler bei der Durchführung eines Einsatzes gibt. Solche Nachbereitungen sind in Gegenüberstellung zu Presseberichten als eine bedeutende Quelle anzusehen. Neben dem Einblick in polizeiliche Einsatztaktiken lassen die Einsatzakten außerdem Rückschlüsse auf zeittypische Phänomene und gesellschaftliche Entwicklungen bzw. (Protest-)Bewegungen zu. Das Einsatzhandeln der Polizei stellt im Gegensatz dazu die Reaktion des Staates auf solche mentalen, politischen und sozialen Veränderungen innerhalb der Gesellschaft dar.

Neben den Einsatzakten zu konkreten Ereignissen existieren außerdem jene, in denen generelle Leit- und Richtlinien zu bestimmten Anlässen aufgeführt sind, auf die sich auch nachgeordnete Dienststellen im Eintrittsfall beziehen können. Da sie den Rahmen und den angedachten Idealfall eines Einsatzes darstellen, sind sie ebenfalls von Relevanz.

Einsatzakten sind in Auswahl als archivwürdig anzusehen. Da Routineeinsätze generell keinen Anlass zur Anlegung einer Einsatzakte geben, ist es sinnvoll, dass die Einsatzakten – bei Federführung – in ihrer Gesamtheit dem zuständigen Archiv angeboten werden.

Anschließend kann eine Auswahl auf Grundlage von Größe und Bedeutung des Einsatzes getroffen werden sowie in Abhängigkeit davon, ob zeittypische Phänomene – in dem Falle ggf. auch in kleinerem Rahmen – mit einem Einsatz dokumentiert werden können. Es hängt von verschiedenen Faktoren ab, ob für eine aussagekräftige Überlieferung eher wiederkehrende Einsatzanlässe oder aber Einzelfälle dokumentiert werden sollten. Bei der Beurteilung ist – gerade in Anbetracht der Vielfältigkeit verschiedener Einsatzszenarien – ein gewisser Spielraum notwendig.



Eine weitere zentrale Schriftgutgruppe im Bereich der Polizeibehörden sind die Ermittlungs- und Kriminalakten. Nach Abschluss der Ermittlungen bei der Polizei werden die Akten in die Verfahrensakten der Staatsanwaltschaften integriert. Eine Dublette verbleibt dabei bei der Polizei. Die Unterlagen haben – anders als die Einsatzakten – also kein so deutliches Alleinstellungsmerkmal.

Obwohl die Verfahrensakten zu einem bestimmten Fall sogar ausführlicher sind, ist es trotzdem lohnenswert, auch im Bereich der Kriminalakten eine Archivierung in Auswahl vorzunehmen. Sie liegen bei der Staatsanwaltschaft durch die Ergänzung mit den Informationen zum Verfahrensablauf zwar in angereicherter Form vor, die Fälle werden jedoch separat betrachtet. Liegen bei der polizeilichen Ermittlung hingegen mehrere Vorgänge zu einer Person vor, werden diese in der zentralen Kriminalaktensammlung der Abteilung Z 1 der Flächenpräsidien gesammelt nach Person abgelegt. In den zur Person geführten Kriminalaktensammlungen lassen sich auf diese Weise „Täterkarrieren“ (z. Bsp. Mehrfachintensivstraftäter) in ihrer Gesamtheit nachvollziehen.

Bei mehrfach in Erscheinung tretenden Personen kann durch die Übernahme der Kriminalakte somit ein Mehrwert gegenüber der Übernahme der Verfahrensakte entstehen. Der Kriterienkatalog für die Beurteilung der Archivwürdigkeit von Schriftgut aus Kriminalaktensammlungen durch Polizeidienststellen im Anhang dieses Modells berücksichtigt dies, indem für die Beurteilung der Archivwürdigkeit von Schriftgut der Fokus u.a. auf Mehrfachintensivtäter gelegt wird. Liegen zu diesen Kriminalakten mit langen Laufzeiten vor, können (ungewöhnliche) „Täterkarrieren“ dargestellt werden, wie es mit den einen Einzelfall betrachtenden Verfahrensakten der Staatsanwaltschaften nicht möglich wäre. Die Kriminalitätsentwicklung lässt sich somit durch Kriminalakten besser nachvollziehen.

Die hessische Polizei setzt zur effizienteren Erfüllung der fachlichen Aufgaben eine große Bandbreite an Fachverfahren ein.

Eine Übersicht über die einzelnen Fachverfahren nebst ihrer archivischen Bewertung und einer kurzen Bewertungsbegründung bietet das auch von der Polizei einsehbare, stets aktuell gehaltene IT-Portfolio<sup>12</sup>, so dass an dieser Stelle auf eine Auflistung der vielfältigen Standard- und Fachprogramme und der zugehörigen Bewertungsentscheidungen verzichtet werden kann.

## 5.2 Quantifizierung und Gesamtmengenprognose

Die Gesamtmengen können nicht genau quantifiziert werden, da die Umfänge der zentralen Schriftgutgruppen sehr variieren. Kriminalakten können zum Beispiel wenige Bände bis hin zu mehreren Metern umfassen. Das gleiche gilt für die Unterlagen zu polizeilichen Einsätzen. Allgemein kann konstatiert werden, dass nur ein kleiner und inhaltlich verdichteter Teil der bei der hessischen Polizei in großen Mengen anfallenden Unterlagen übernommen werden wird. Welche tatsächlichen Übernahmemengen auf der Grundlage des Bewertungsmodells im Jahresdurchschnitt vom Landesarchiv übernommen werden, soll innerhalb der Evaluierung des Modells ermittelt werden.

---

<sup>12</sup> Das IT-Portfolio ist eine Auflistung und Zusammenstellung aller IT-Projekte und IT-Verfahren sowie der Standard-Software der Landesverwaltung. Das IT-Portfolio liegt in der gemeinsamen Zuständigkeit des HMdIS und des Hessischen Landesarchivs. Zugriffsberechtigt sind die Listenverantwortlichen bzw. durch das jeweilige Ressort beauftragte Personen.

### 5.3 Übersicht zu den Bewertungsentscheidungen in Katalogform

Künftig sind nur noch diejenigen Positionen in einer [Anbietungsliste](#) aufzunehmen, die mit "A" oder "B" bezeichnet sind. Zu den mit "V" gekennzeichneten Positionen melden die Stellen anstelle der sonst üblichen detaillierten Anbietung mittels einer Anbietungsliste einmal jährlich summarisch den Umfang und die Aktengruppe der zur Vernichtung anstehenden Unterlagen an das für sie [zuständige](#) Staatsarchiv.

Sollten im vorliegenden Katalog Unterlagen nicht aufgelistet sein, die bei der Polizei geführt werden, sind diese entsprechend der Regelungen des [Hessischen Archivgesetzes](#) in jedem Fall anzubieten. Das Hessische Landesarchiv bittet darüber hinaus um Hinweise auf besondere Fälle.

#### Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (ohne LPP)

Organisationseinheit / anfallende Unterlagen und Aufgaben	Bewertung und Bemerkung
<b>Interne Revision (= Abt. Z 2)</b>	
- Revisionsberichte des Hessischen Polizeipräsidiums für Technik	V

#### Landespolizeipräsidium

Organisationseinheit / anfallende Unterlagen und Aufgaben	Bewertung und Bemerkung
<b>Allgemeine und Organisationsübergreifende Unterlagen und Aufgaben</b> (= über die einzelnen Abteilungen hinweg)	
- Arbeitsgruppenunterlagen	A, falls Federführung
- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Gremienprotokolle	A, falls Federführung
- Jahresberichte	A, falls Federführung
- Allgemeiner Schriftverkehr	B
- Pilotprojekte	B, falls Federführung
- Unterlagen des Hauptpersonalrates der Polizei	B
- Statistiken	Bei Federführung werde folgende Statistiken mit B bewertet:

- Statistik über im Dienst getötete hessische Beamt/innen
- Routinestatistik im Rahmen des Gesundheitslagebildes / Halbjährliche Meldungen der Polizeibehörden
- Jahresberichte der Personalberatungsstellen / ZPD
- Jahresberichte der BGM-Koordinatoren
- Suizidstatistik
- Hundestatistiken
- Nationales Waffenregister
- Dienstunfälle

Folgende Statistiken wurden mit V bewertet:

- Bußgeldeingänge, zentrale Bußgeldstelle
- Jährliche Erhebungen zu erfolgten Beförderungen in den Polizeibehörden
- Jährliche Übersicht bei den Polizeibehörden vorhandenen Personen
- Monatliche Übersicht zu unbesetzten Stellen der Polizei
- Fortschreibung einer zahlenmäßigen Übersicht zur erfolgten Einstellung, Studienabsolventen sowie Ersatzbedarfen im Polizeivollzugsdienst
- Mehrarbeitsstatistik
- Statistik über die vorzeitige Ruhestandsversetzung
- Fehlzeitenstatistik
- Statistik über arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung / Abruf der Einsatzstunden
- Statistik Polizeiärztlicher Dienst (V beim LPP, Übernahme beim Polizeiärztlichen Dienst)

*Alle über diese Auflistung hinausgehenden Statistiken sind bei Federführung anzubieten.*

- Beschaffungswesen	V
- Landtags-, Bundesrats- u. Bundestagsdrucksachen	V
- Rechnungs- und Haushaltsunterlagen	V
- Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsgebungsverfahren	V
<b>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</b> (= Abteilungsstab)	
- Pressemitteilungen, Flyer, Plakate, Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit	A, falls Federführung
- Unterlagen zu Veranstaltungen	B
- Zusammenarbeit mit politischen Gremien	V (keine Federführung)
<b>Aus dem Bereich Einsatz</b> (= LPP 1)	
- Einsatzakten Personen- und Objektschutzmaßnahmen	A: allgemein gültige Leit- / Richtlinien für nachgeordneten Bereich Rest: V
- Polizeiliche Einsätze aus besonderem Anlass / zur Kriminalitätsbekämpfung / aus Anlass größerer Gefahren-, Schadensereignisse, Katastrophen und terroristischer Gewaltkriminalität / bei besonderen Gefährdungslagen	A: allgemein gültige Leit- / Richtlinien für nachgeordneten Bereich Rest: V
- Unterlagen zu Vorplanungen für Einsätze aufgrund besonderer Ereignisse (Terroranschlag, größere Schadensereignisse etc.)	A: allgemein gültige Leit- / Richtlinien für nachgeordneten Bereich Rest: V
- Erlasse zu Verkehrsüberwachung und Verkehrssicherheitsprogrammen	A, falls Federführung
- Polizeiliche Sicherheitskooperationen (Länderpolizei, Bundespolizei, Zoll)	A, falls Federführung
- Beschwerden	B
- Dienstbekleidung	B (Grundsätzliches)
- Präventionsmaßnahmen	B
- Presseanfragen	B
- Schriftverkehr zu verkehrspolizeilichen Angelegenheiten mit den nachgeordneten Behörden sowie mit den anderen Behörden und Ministerien in Hessen, den anderen Bundesländern und dem Bund	B, falls Federführung
- Verkehrserziehung, Verkehrsberichte	B
- Aufzeichnungen zu Waffenrevisionen	V
- Objektschutz	V
- Polizeikosten	V

- Zusammenarbeit mit Behörden im Bereich Katastrophenschutz	V
<b>Rechtsbereich</b> (= LPP 2)	
- Erarbeitung und Überarbeitung von Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften	B, falls Federführung
- Fachaufsichtsbeschwerden	B
- Petitionen und Eingaben	B (geringes Sample nach Auswahl des HHStAW)
- Staatshaftung	B
- Prozessakten	V (Übernahme bei Gerichten)
- Vorgänge betreffend Sachfragen Fachrecht	V
<b>Personal, Aus- und Fortbildung</b> (= LPP 3)	
- Personalakten	A (in Auswahl gem. <a href="#">AfE, Anlage D</a> )
- Personalentwicklungsplanung und -konzeption	B
- Petitionen, Beschwerden, Gnadengesuche	B (kleines Sample: bekannte Namen, z. Bsp. Polizeipräsident/innen, umfangreiche, bedeutsame, herausragende Fälle)
- Regressangelegenheiten	B
- Ausbildung der Rechtsreferendare, Staatsanwaltschaft, Richter	V
- Aus- und Fortbildung	V
- Auswahlverfahren	V
- Betreuung der Tarifbeschäftigten	V
- Dienstunfallakte (Bemerkung: Bestandteil der Personalakte)	V
- Disziplinarakten	V (Disziplinarvorgänge werden dem LPP nur informationshalber übermittelt)
- Polizeiseelsorge	V
- SAP-Anlagen	V
- Sicherheitsüberprüfungen für die eigene und andere Behörden	V (von Anbietungspflicht ausgeschlossen durch HSÜG)
- Stellenausschreibungen, Anforderungsprofile	V
- Urlaubsbögen	V
- Unterlagen zu Reisekosten, Trennungsgeld, Umzugskosten	V

- Unterlagen zu Seminaren, Workshops allgemein	V
- Vorgangsakten mit Krankmeldungen	V
<b>Grundsatz, Organisation und Internationales</b> (= LPP 4)	
- Geschäftsverteilungspläne der Polizeipräsidien	A
- (Um-)Organisation der Polizeidienststellen	A
- Zuständigkeit der Polizeidienststellen	A
- Organisationserlasse der Polizeidienststellen	B
- Prüfungen des hessischen Rechnungshofes im Polizeibereich	V (Hauptüberlieferung beim Rechnungshof)
- Verkehrserziehung	V, da keine Federführung
<b>Internationales</b> (= LPP 4)	
- Polizeiliche Auslandsverwendungen, Polizeihilfe Ausland	B
<b>Bauwesen / Liegenschaften</b> (= LPP 1 und 4)	
- Unterlagen zu Bau- / Renovierungs- bzw. Sanierungsmaßnahmen von Liegenschaften, Neubauten, Neuunterbringungen, Liegenschaftsakten	V (Hauptüberlieferung beim LBIH)
<b>Bereich Informations- und Kommunikationstechnik</b> (= LPP 5)	
- Einführung und Betrieb von Fachverfahren und elektronischen Verfahren	B (wenn das Fachverfahren mit A bewertet wurde)
- Analyse der Wirtschaftlichkeit (Controlling, Interne Revision)	V
- Digitalfunk (Vermittlungsstelle, Leitstelle, Endgeräte, Schulung etc.)	V
- Überprüfung von Mitarbeiter/innen und Arbeitsvorgängen (Controlling, Interne Revision)	V
- Unterlagen zu Rollouts (IT, neue Dienstwaffe)	V

## Flächenpräsidien

Organisationseinheiten / anfallende Unterlagen und Aufgaben	Bewertung / Bemerkung
<b>Präsidialbüro</b>	Entfällt, da i.d.R. keine eigene Aktenführung Falls Ablage von Besprechungsprotokollen: A
<b>Personalrat</b>	
- Unterlagen des Personalrates	B
<b>Gleichstellungsbeauftragte</b>	
- Unterlagen der Gleichstellungsbeauftragten	B
<b>Schwerbehindertenvertretung</b>	
- Unterlagen der Schwerbehindertenvertretung	B
<b>Behördlicher Datenschutzbeauftragter</b>	
- Datenschutz nach HSOG und HDSG	B
<b>Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</b>	
- Organigramme	A, falls Federführung
- Unterlagen zu Veranstaltungen	B
- Pressemitteilungen, Flyer, Plakate, Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit	B, falls Federführung Die Pressemitteilungen jüngeren Datums können digital angeboten werden (direkte Übernahme aus <a href="http://www.presseportal.de">www.presseportal.de</a> nicht möglich)
- Restliche Unterlagen (Erlasse, die zur Bearbeitung PÖ zugewiesen wurden / sachbezogene Auswertung der Medien)	V
<b>Bereich Controlling, Interne Revision, Personalentwicklung</b>	
- Prüfberichte	A
- Analyse der Wirtschaftlichkeit im Bereich Controlling, Interne Revision	B

- Personalentwicklungsplanung	B
- Überprüfung von Mitarbeiter/innen und Arbeitsvorgängen im Bereich Controlling, Interne Revision	B
- Innenrevision	V
<b>Abteilung Verwaltung</b>	
- Amtsdelikte	A (in Auswahl gem. <a href="#">AfE, Anlage D</a> )
- Besprechungsprotokolle Hauptsachgebietsleiter/innen	A
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Disziplinarakten	Disziplinarakten: A Disziplinarverfahren: A (in Auswahl gem. <a href="#">AfE, Anlage D</a> )
- Ermahnung, Abmahnung und Kündigung bei Tarifbeschäftigten	A (in Auswahl gem. <a href="#">AfE, Anlage D</a> )
- Personalakten	Personalhauptakten: A (in Auswahl gem. <a href="#">AfE, Anlage D</a> ) Personalnebenakten: V
- allgemeiner Schriftverkehr, Grundsatzakten	B
- Arbeitsgruppenunterlagen	B, falls Federführung
- Auslandsverwendungen, Hospitationen	B
- Frauenförderplan	B
- Geheimschutz / Verschlussachen	B
- Organisation / Organisationsänderungen	B
- Abrechnung mit der kassenärztlichen Vereinigung	V
- Abschleppvorgänge	V
- Aktenrückhalte, Geldannahmestellen und Handvorschüsse	V
- Anforderung des Hessischen Polizeipräsidiums für Technik wegen Regressanforderungen	V
- Angelegenheiten nach SGB IX – Menschen mit Behinderungen	V
- Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen	V
- Arbeitszeitnachweise, Nachweise über Dienst zu ungünstigen Zeiten, Urlaubsanträge, Krankmeldungen	V
- Asservatenstelle: Sicherstellungsnachweise	V
- Auskunfts- und Amtshilfeersuchen	V
- Aussagegenehmigungen	V
- Aus- und Fortbildung	V
- Belehrungen (jährlich / halbjährlich)	V
- Belohnungen und Geschenke, Belobigungen	V



- Benutzerverwaltung für die IT-Systeme im Zuständigkeitsbereich	V
- Beschwerdeverfahren	V
- Besprechungsprotokolle ohne Federführung	V
- Bestellung Büromaterial, Kopiergeräteverwaltung	V
- Betreuung der Tarifbeschäftigten, arbeits- und tarifrechtliche Vorgänge	V
- Blutproben: Auflistung	V
- Buchungsunterlagen, Haushaltsunterlagen, Kontenprüfung, Monats- und Jahresabschlüsse	V
- Buchungsunterlagen SAP / HR für Personalveränderungen, unständige Bezüge, Kleidergeld und Mitversteuerungsangelegenheiten in SAP	V
- Dienstaufsichtsbeschwerden	V
- Dienstausweise: Ausstellung	V
- Dienstbefreiungen, Sonderurlaub	V
- Dienstjubiläen, Verabschiedungen	V
- Dienstsiegel / -stempel und Siegelmarken	V
- Dienstsport	V
- Einstellungen, Ernennung, Laufbahnwechsel, Verbeamtung auf Lebenszeit	V
- Erlassensammlung / Sammlung von Fachliteratur	V
- Familie und Beruf (Beurlaubungen, Teilzeit, Mutterschutz, Elternzeit, heimatnahe Abordnungen)	V
- Gnadenbrotverträge	V
- Korruptionsprävention	V
- Kur- und Sanatoriumsangelegenheiten	V
- Lebensarbeitszeitkonto (LAK)	V
- Liegenschafts- und Mietakten	V
- Mehrarbeitsvergütung: Nachweise	V
- Nebentätigkeiten	V
- Personalauswahlverfahren / Stellenausschreibungen / Anforderungsprofile	V
- Personalbewegungen innerhalb und nach außerhalb (Versetzungen, Abordnungen, Umsetzungen)	V
- Pfortendienstpläne	V
- Polizeikosten	V
- Postversand	V
- Private Sachschäden gemäß § 45 BeamtStG	V
- Prozessakten (bei V 1)	V
- Rechtsschutz für Bedienstete	V
- Regressmaßnahmen von Beamt/innen und von Tarifbeschäftigten	V

- Reisekosten, Trennungsgeld, Umzugskosten	V
- Rückforderung Kosten für Gefangenentransporte	V
- Ruhestand / Dienstzeitverlängerung	V
- Schadensersatzregulierung bei Türöffnungen, beschädigten Fahrzeugen	V
- Schließenanlage	V
- Sicherheitsüberprüfungen für die eigene und andere Behörden	V (Ausgeschlossen von Anbietungspflicht durch HSÜG)
- Statistiken	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abordnungen: V</li> <li>- Personalstatistik Ruhestand: V</li> <li>- DUSTA i.S. Dienstunfälle: V</li> <li>- Anzahl der PVBmfTE, Zu- und Abgänge: V</li> <li>- Versetzungen in den Ruhestand und Entlassungen: V</li> <li>- Mutterschutz, Elternzeit, Abordnungen in Elternzeit mit Teilzeit: V</li> <li>- Anzahl der Richterinnen / Richter, die in der Behörde hospitieren: V</li> <li>- Erfassung der von den Führungskräften des höheren Dienstes besuchten Fortbildungs-Maßnahmen und die Zahl der wahrgenommenen Fortbildungstage: V</li> <li>- Fehlzeitenstatistik: V</li> </ul>
- Stellengliederungsplan, Stellenplan, SAP / OM	V
- Stellungnahmen der / des Dienstvorgesetzten zu Verfahrenseinstellungen	V
- Sterbefälle	V
- Strafantrag der / des Dienstvorgesetzten	V
- Telearbeit	V
- Veröffentlichung von Personalnachrichten intern	V
- Vorschüsse	V
- Widersprüche gegen Erkennungsdienstliche Behandlungen / gegen Wegweisungen von häuslichen Gewalttätern / gegen Sicherstellungsverfügungen, Verfahren zu Herausgabeanträgen außerhalb von Widerspruchsverfahren sowie zur Verwertung / Vernichtung sichergestellter Sachen	V
- Widerspruchsverfahren wegen Datenlöschung aus polizeilichen Informationssystemen / zu Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach § 7 LuftSiG (nur PP Frankfurt)	V

- Widerspruchsverfahren in Dienstrechts-Angelegenheiten (§ 54 Abs. 2 BeamtStG) (z.B. Anerkennung belastender Dienstzeiten, Beurteilungen, Dienstunfall-Anerkennung usw.)	V
- Wohnungsfürsorge	V
<b>Luftverkehr</b> [= Sondereinheit: V 5 Prüfgruppe Luftverkehrsgesetz]	
- Fallakten zur Prüfung gemäß Luftsicherheitsgesetz	Vereinbartes Sample: zwei Akten alle fünf Jahre
Restliche Unterlagen - Anerkennung von Entscheidungen anderer Luftsicherheitsbehörden - Ordnungswidrigkeitsanzeigen in Zusammenhang mit dem Flughafenausweis	V
<b>Abteilung Einsatz</b>	
- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Organigramme	A, falls Federführung
- Regelung über sachliche Zuständigkeiten	A
- Arbeitsgruppenunterlagen	B, falls Federführung
- Einsätze aus besonderem Anlass (z. Bsp. polizeiliche Einsätze zur Kriminalitätsbekämpfung, aus Anlass von Gefahren-, Schadensereignissen, Katastrophen und terroristischer Gewaltkriminalität, gegen bewaffnete Gewalttäter/innen, bei besonderen Gefährdungslagen)	B, falls Federführung
- Einsatzakten Elektronische Aufenthaltsüberwachung	B (Abgleich mit Justizüberlieferung erfolgt durch Staatsarchiv)
- Einsatzakten Objektunterlagen	B
- Einsatzakten Personen- und Objektschutzmaßnahmen	B
- Einsatzakten Überwachung rückfallgefährdeter Sexualstraftäter	B, falls Federführung
- Lagebilder	B
- Organisation	B
- Regionale Datenverarbeitungsgruppe	B
- Statistiken	- Verkehrsberichte: A - Großraum- und Schwertransporte in Hessen: B

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Quartalsstatistik zum Einsatz mobiler Technik zur Geschwindigkeitsüberwachung: B</li> <li>- Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs: V</li> <li>- Unfallstatistiken: V</li> <li>- Verkehrsunfallentwicklung der Polizeipräsidien: V</li> <li>- Rest: B</li> </ul>
- Übungen Sonderlagen	B
- Zusammenarbeit mit Kommunen, inkl. Verkehrsschauen, Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen und nicht-öffentlichen Trägern	B, falls Federführung
- Abschleppvorgänge	V
- Belehrungen (jährlich / halbjährlich)	V
- ComVor Formularwesen	V
- Controlling „DNA“ und „DNA-Vorwärtserfassung“	V
- Dienstbekleidung	V (Federführung beim Hessische Polizeipräsidium für Technik)
- Ermittlungsakten (z. Bsp. schwerwiegende Straftaten mit unbekanntem Täter, Einweisungen HFEG bzw. jetzt PsychKHG, Inverwahrungsnahme / Einlieferungen / Ordnungswidrigkeitsanzeigen, Suizidversuche, Verkehrsunfallanzeigen, Vermisste)	umfangreiche, bedeutsame, herausragende Fälle, bei denen der Täter unbekannt ist: B Rest: V
Gewahrsamsbücher	V
- Mängelbelege	V
- KTA-PMK, Kriminalpolizeilicher Meldedienst	V
- Objektschutz	V
- Personal	V (Hauptakten bei Abteilung V)
- Polizeiliche Sicherheitskooperationen (Länderpolizei, Bundespolizei, Zoll)	V (Federführung beim HMdIuS)
- Präventionsmaßnahmen (z. Bsp. Beratungsprotokolle zu Maßnahmen zur Wohnungssicherung)	V
- Schulen im Dienstbezirk	V
- Schwertransporte	V
- Stärkemeldungen	V
- Verkehr (Stellungnahmen etc.)	V
- Wachdienstplanbücher	V
- Zusammenarbeit mit Behörden im Bereich Katastrophenschutz	V (Federführung bei Kreisen oder RP, HMdIuS)

## Abteilung Zentrale Dienste

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Kriminalakten	A, entsprechend der Bewertungskriterien im Anhang
- Organigramme mit Personalübersicht	A, falls Federführung
- allgemeiner Schriftverkehr	V
- Aus- und Fortbildungsunterlagen, Seminare, Workshops	V
- Belehrungen (jährlich / halbjährlich)	V
- Beschaffung allgemein und Beschaffungsvorgänge	V
- Dienst-Kfz-Verwaltung	V
- Einsätze: Unterlagen zu Vorplanungen	V
- Einsatztrainings- / Schießtrainings / Verschlussnachweis von Munition, Waffenrevisionsnachweise	V
- Erlasse, Gesetz- und Verordnungsblatt, Fachliteratur	V
- Fahrzeuge: Auffindeberichte	V
- Fuhrpark	V
- Geräteverzeichnisse	V
- Haftbefehle	V (s. Kriminalakte)
- Haushaltsangelegenheiten, Rechnungen	V
- Informations- und Kommunikationstechnik	V
- Inventuren	V
- Leistungsbeschreibungen für öffentliche Ausschreibungen, Vergabeunterlagen	V
- Liegenschafts- und Mietunterlagen	V
- Objektunterlagen Überfall- und Einbruchmeldeanlagen sowie Notruf	V
- Sachfahndung: Ausschreibungen	V (s. Kriminalakte)
- Stärkemeldungen	V
- Vorgangsbearbeitungssystem VBS: Numerische Vorgangsbearbeitung	V
- Waffen- und Geräteverwaltung, Sonderbekleidung	V

## Polizeidirektionen

Übernommen werden die für archivwürdig befundenen Unterlagen (s.u.) folgender Einheiten:

### Hessisches Staatsarchiv Darmstadt:

- Polizeidirektion Gießen mit EG Gießen
- Polizeidirektion Odenwald

### Hessisches Staatsarchiv Marburg:

- Polizeidirektion Marburg
- Polizeidirektion Kassel

### Hessisches Hauptstaatsarchiv:

- D 100 Frankfurt
- Polizeidirektion Lahn-Dill
- Polizeidirektion Wiesbaden

Dies gilt auch für dort angegliederte regionale Kriminalinspektionen. Alle übrigen Polizeidirektionen können ihre Unterlagen nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen vernichten, ohne diese vorher dem Staatsarchiv angeboten zu haben. Eine Ausnahme bilden Unterlagen, deren Laufzeit vor den frühen 1950er Jahren liegt und die aufgrund der zeitlichen Besonderheit dennoch anzubieten sind.

Für Rückfragen oder Beratungen stehen die jeweiligen Abteilungen des Hessischen Landesarchivs selbstverständlich gerne weiter zur Verfügung.

Anfallende Unterlagen und Aufgaben	Bewertung / Bemerkung
- Dienstanweisungen	A, falls von Direktionen erstellt
- Dienstbesprechungen	A, falls Besprechung der Direktionen
- Leiterbesprechungen und sonstige Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Organigramme, Organisation	A, falls Organigramme der Direktionen
- Arbeitsgruppenunterlagen	B, falls Federführung
- Einsatzbefehle	B, falls nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist noch vor Ort vorhanden
- Einsatzordner bzw. Einsatzakten	B, falls nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist noch vor Ort vorhanden
- Lagebild	B
- Schutzpolizei: Organisation und Geschäftsführung	B
- Statistiken (z. Bsp. über polizeiliche Kontrollen, Kriminalstatistik, Kriminalitätsentwicklungs-Statistik, Verkehrsstatistik)	B
- Unterlagen zu Veranstaltungen	B, falls Federführung Direktionen

- Allgemeine Polizeiverwaltung	V
- Allgemeiner Schriftverkehr	V
- Arbeitszeitrachweise	V
- Asservatenbücher, Unterlagen zu Asservaten	V
- Aus- und Fortbildung	V
- Belehrungen (halbjährlich / jährlich)	V
- Bestellungen, Bestellung Büromaterial	V
- Blutentnahme-Buch	V
- Briefftagebücher	V
- ComVor Vorgänge	V
- Dienstaufsichtsbeschwerden	V
- Dienst-KFZ	V
- Dienstsport	V
- Dienstunfälle	V
- Disziplinarverfahren	V
- Erkennungsdienstliche Behandlung, erkennungsdienstliche Statistik, Spurensicherung	V
- Einrichtung der Behörde (Dienstkleidung etc.)	V
- Einsätze: Abfindungen	V
- Einweisungen HFEG (jetzt PsychKHG)	V
- Ersuchen	V
- Fernsprechanlagen, Fernmeldegerät	V
- Freiheitsbeschränkungs- und Freiheitsentziehungsbuch	V
- Geräte- und Einsatzmittelbuch	V
- Gesundheitswesen	V
- Gewahrsamsbücher / Einlieferungsanzeigen	V
- Haftbefehle	V
- Haushalt, Kostenrechnungen	V
- HSOG §18 II 6 Kontrollberichte	V
- Innenrevision	V
- Instandsetzungen	V
- Jugendkriminalität	V
- Ladungen zu Gerichtsterminen	V
- Liegenschaftsakten	V
- Mehrarbeitslisten, DUZ-Listen, Urlaubskarten / Urlaubsanträge	V
- Meldewesen / Zivilschutz	V
- Meldung / Mitteilung, Mitteilungsblätter Polizeirechtsvorschriften, Erlasse, Fachliteratur	V
- Neubauten, Neuunterbringungen	V
- Objektunterlagen Überfall- und Einbruchmeldeanlagen sowie Notruf	V

- Ordnungswidrigkeitsanzeigen	V
- Polizeiliche Sicherheitskooperation (u.a. Länderpolizei)	V
- Praktikant/innen	V
- Rollouts (IT, neue Waffen)	V
- Stärkemeldungen	V
- Stellenausschreibungen, Anforderungsprofile	V
- Strafanzeigen	V
- Verkehrsstrafanzeigen	V
- Verkehrsüberwachung, Verkehrskontrollen, Lasermessungen	V
- Verkehrsunfallakten	V
- Verkehrsunfallanzeigen	V
- Verkehrswesen	V
- Wachbücher	V
- Wachdienstpläne	V
- Waffenrevisionen (Nachweise, Aufzeichnungen zur Waffenrevision)	V
Zusammenarbeit mit	V
- Schutzpolizei	
- Gemeinden	
- Justiz	



## Reviere und Stationen

Übernommen werden die für archivwürdig befundenen Unterlagen (s.u.) folgender Einheiten:

### Hessisches Staatsarchiv Darmstadt:

- 2. Polizeirevier Darmstadt
- Polizeistation Bad Vilbel
- Polizeistation Rüsselsheim

### Hessisches Staatsarchiv Marburg:

- Polizeirevier Kassel Mitte
- Polizeistation Biedenkopf
- Polizeistation Marburg

### Hessisches Hauptstaatsarchiv:

- Eine Übernahme entfällt.

Alle übrigen Stationen und Reviere können ihre Unterlagen nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen vernichten, ohne diese vorher dem Staatsarchiv angeboten zu haben. Eine Ausnahme bilden Unterlagen, deren Laufzeit vor den frühen 1950er Jahren liegt und aufgrund der zeitlichen Besonderheit dennoch anzubieten sind.

Für Rückfragen oder Beratungen stehen die jeweiligen Abteilungen des Hessischen Landesarchivs selbstverständlich gerne weiter zur Verfügung.

Anfallende Unterlagen und Aufgaben	Bewertung / Bemerkung
- Dienstagebücher	A
- Dienstbesprechungen	A, falls Federführung
- Leiterbesprechungen	A, falls Federführung
- Organigramme	A, falls eigene Organigramme der Station / des Reviers
- Organisation und Geschäftsführung der Schutzpolizei	A, falls Federführung
- Unterlagen von Arbeitsgruppen	B, falls Federführung
- Schutzmaßnahmen / Objektschutz	B
- Statistiken (z.B. Streifenzeiten)	B
- Abschleppvorgänge	V
- Allgemeine Polizeiverwaltung	V
- Allgemeiner Schriftverkehr	V
- Arbeitszeitnachweise, Mehrarbeitslisten, DUZ-Listen	V
- Asservatenbücher, Unterlagen zu Asservaten	V
- Aufnahmenachweisbücher	V
- Aus- und Fortbildung	V
- Bestellungen	V
- Blutentnahme-Buch	V
- ComVor-Vorgänge	V

- Dienst Kfz	V
- Dienstsport	V
- Dienstunfälle	V
- Erkennungsdienstliche Behandlung, erkennungsdienstliche Statistik, Spurensicherung	V
- Einrichtung der Behörde (Dienstbekleidung, Waffen etc.)	V
- Einsatzbefehle	V
- Einsatzordner bzw. Einsatzakten	V
- Einweisungen HFEG (jetzt PsychKHG)	V
- Ermittlungsakten (z. Bsp. schwerwiegende Straftaten mit unbekanntem Täter, Einweisungen HFEG bzw. jetzt PsychKHG, Inverwahrungsnahme / Einlieferungen / Ordnungswidrigkeitsanzeigen, Suizidversuche, Verkehrsunfallanzeigen, Vermisste)	umfangreiche, bedeutsame, herausragende Fälle, bei denen der Täter unbekannt ist: B Rest: V
- Ersuchen	V
- Fernsprechanlagen, Fernmeldegerät	V
- Festnahmeniederschriften	V
- Freiheitsbeschränkungs- und Freiheitsentziehungsbuch	V
- Geräte- und Einsatzmittelbuch	V
- Gesundheitswesen	V
- Gewahrsamsbücher / Einlieferungsanzeigen	V
- Haftbefehle	V
- Haushalt, Kostenrechnungen	V
- HSOG §18 II 6 Kontrollberichte	V
- Instandsetzungen	V
- Ladungen zu Gerichtsterminen	V
- Leichensachen, Stellungnahmen	V
- Mängelanzeigen	V
- Meldung / Mitteilung, Mitteilungsblätter	V
- Notrufprotokolle	V
- Ordnungswidrigkeitsanzeigen	V
- Polizeirechtsvorschriften	V
- Praktikant/innen	V
- Sicherstellungen	V
- Strafanzeigen	V
- Strafsachen unbekannt	V
- Unfalltypen-Steckkarte	V
- Unständige Bezüge	V
- Urlaubskarten / Urlaubsanträge	V
- Verlustanzeigen / Fundanzeigen	V
- Verkehrsstrafanzeigen	V

- Verkehrsunfallanzeigen, Verkehrsunfallakten	V
- Verkehrswesen, Verkehrsüberwachung, Verkehrskontrollen, Lasermessungen	V
- Verwarnungsgeldlisten	V
- Vorgangsduplikate, Duplikate, Duplo-Akten	V
- VU Punkte	V
- Wachbücher	V
- Wachdienstpläne	V
Zusammenarbeit mit - Schutzpolizei / Kriminalpolizei -Gemeinden -Justiz	V

## Hessisches Polizeipräsidium für Technik

Organisationseinheiten / Anfallende Unterlagen und Aufgaben	Bewertung / Bemerkung
<b>Präsident/in / Vizepräsident/in / Präsidialbüro</b>	
- Pressemitteilungen, Flyer, Plakate, Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit	B, falls Federführung
- Neuausrichtung HPT / Umorganisation	B
- Projekte	B
- Haushaltsplanung	V
- Revisionsberichte	V
- Stellungnahmen, Berichte	V
<b>Personalrat, Frauenbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung, weitere Beauftragte</b>	
- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
<b>Datenschutzbeauftragte/r</b>	
- Abstimmungen mit anderen Polizeipräsidiem und dem HDSB	V
- Berichte an das Landespolizeipräsidium	V
- Datenschutzrechtliche Stellungnahmen	V
- Einrichtung und Überprüfung von Telearbeitsplätzen	V
- Landtagsanfragen	V
- Verfahrensverzeichnisse	V
- Verträge zur Datenauftragsverarbeitung nach dem Muster der / des hessischen Datenschutzbeauftragten (HDSB)	V
<b>Verwaltung (= Abteilung 1 )</b>	
- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Disziplinarakten	Disziplinarakten: A Disziplinarverfahren: A (in Auswahl gem. <a href="#">AfE, Anlage D</a> )
- Forderungen	Zivilrechtliche Forderungen: A (in Auswahl) Öffentlich-rechtliche Forderungen: V

- Geschäftsverteilungspläne	A
- Personalakten	A (in Auswahl gem. <a href="#">AfE, Anlage D</a> )
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Vergabeakten	B
- Abrechnung mit der kassenärztlichen Vereinigung	V
- Ausbildung der Rechtsreferendar/innen	V
- Aus- und Fortbildung	V
- Auswahlverfahren	V
- Belehrungen (halbjährlich / jährlich)	V
- Bestellung Büromaterial	V
- Betreuung der Tarifbeschäftigten	V
- Buchungsunterlagen	V
- DHL Belege Porto	V
- DHL-Paketabholliste	V
- Dienstunfallakte	V
- Erlasssammlung	V
- Ermittlungsverfahren gegen Beamt/innen	V
- Genehmigung von Dienstsport	V
- Gesetz- und Verordnungsblatt	V
- Haushaltsunterlagen	V
- (IZEMA-)Arbeitsnachweise	V
- (IZEMA-)Korrekturbelege	V
- Krank- / Gesundheitsmeldungen	V
- Meldungen zur Mitversteuerung	V
- Monats- und Jahresabschlüsse	V
- Nachweisliste über Einschreiben	V
- Porto Frankiermaschine Belege	V
- Regressmaßnahmen von Beamt/innen, Anforderungen wegen Regressforderungen	V
- Schadensersatzregulierung bei Türöffnungen	V
- Sponsoringakten (Justitiariat)	V
- Staatsanzeiger	V
- Stellenausschreibungen, Anforderungsprofile	V
- Stellenpläne / Stellenbewirtschaftung	V
- Trennungsgeld	V
- Überprüfung von Mitarbeiter/innen und Arbeitsvorgängen	V
- Umzugskosten	V
- Unterlagen i.R. der Kontenprüfung	V
- Unterlagen im Rahmen des Mahnverfahrens	V
- Unterlagen über die Durchführung von Inventuren	V

- Unterlagen zu Reisekosten	V
- Unterlagen der Schließanlage	V
- Unterlagen zu Seminaren, Workshops allgemein	V
- Urlaubsbögen	V
- Vorgangsakten mit Krankmeldungen	V
- Wohnungsfürsorge	V

### **Besondere Fachdienste (= Abteilung 2)**

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Jahresberichte	A, falls Federführung
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	B, falls Federführung
- Abschleppvorgänge	V
- Ausgabe- / Übergabe- / Leihbelege	V
- Aussonderungsverfahren	V
- Bedienungsanleitungen für technische Geräte	V
- Einsatzschadensmeldung an Dienst-Kfz	V
- Fahrzeugbestandsakten	V
- Fuhrparkangelegenheiten	V
- Geräteverzeichnisse	V
- Kraftstoffabrechnung Fremdtanker	V
- Kraftstoffrechnungen	V
- Lebensakten (Handy, PC, Funkgeräte etc.)	V
- Schießstatistik	V
- Unterlagen zu Inventuren	V
- Unterlagen zu Rollouts	V
- Verkehrsordnungswidrigkeiten mit Dienst-Kfz	V
- Verkehrsunfallmeldungen von Dienst-Kfz	V
- Verpflegung	V

### **Polizeiliche Informations- und Kommunikationstechnik (= Abteilung 3)**

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Einführung und Betrieb von Fachverfahren und elektronischen Verfahren	B (wenn das Fachverfahren mit A bewertet wurde)
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Projektberichte	B
- Projekthandbücher	B
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	B, falls Federführung
- Unterlagen zu Rollouts	V
- Statistiken	V

**Autorisierte Stelle, Landesbetriebsstelle Digitalfunk (= Abteilung 4)**

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Jahresberichte	A, falls Federführung
- Statistiken	V
- Ausgabe- / Übergabe- / Leihbelege	V
- Ausschreibungsunterlagen (z. Bsp. Funkgeräte)	V
- Unterlagen zu Rollouts	V
- Standortakten	B
- Standortbescheinigungen	V
- Wachenmigration	V
- Vergabeverfahren	V

## Bereitschaftspolizei

Organisationseinheit / anfallende Unterlagen und Aufgaben	Bewertung und Bemerkung
<b>Präsident/-in, Vizepräsident/-in, Präsidialbüro</b>	
- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Organisation der Behörde	B
- Statistiken	B
- Zusammenarbeit mit dem Personalrat	B
<b>Landespolizeiorchester</b>	
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Jahresberichte	A, falls Federführung
- Polizeiliche Einsätze aus besonderem Anlass	A
- Repertoireübersicht / Programme	A
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Bildersammlung	B
- Einführung und Betrieb von Fachverfahren und elektronischen Verfahren	B (wenn das Fachverfahren mit A bewertet wurde)
- Statistiken	B
- Aus- und Fortbildung	V
- Beschaffung	V
- Polizeikosten	V
- Stellenausschreibungen	V
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	V
<b>Personalberatung</b>	
- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Jahresberichte	A
- Statistiken	B
- Überprüfung von Mitarbeiter/innen und Arbeitsvorgängen	B
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	B, falls Federführung



## Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Bild- und Tonaufnahmen von Veranstaltungen	B
- Pressemitteilungen, Flyer, Plakate, Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit	B, falls Federführung
- Unterlagen zu Veranstaltungen	B
- Veranstaltungsdokumentation Hessentage	B
- Presseauswertung	V
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	V

## Personalrat

- Unterlagen des Personalrates	B
--------------------------------	---

## Gleichstellungsbeauftragte

- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Besprechungsprotokolle	B, falls Federführung
- Frauenförderpläne	B
- Statistiken	B
- Dienstanweisungen	V
- Geschäftsverteilungspläne	V
- Überprüfung von Mitarbeiter/innen und Arbeitsvorgängen	V
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	V

## Schwerbehindertenvertretung

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Statistiken	B
- Unterlagen zur Arbeits- und Dienstunfähigkeit	V
- Unterlagen in Bezug auf BEM und Arbeitsplatzveränderungen	V
- Informationen zum Grad der Behinderung (GDB)	V

## Datenschutzbeauftragte/r

- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Datenschutzrechtliche Beratung der Bediensteten	B
- Besprechungsprotokolle	B, falls Federführung
- Dienstanweisungen	V
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	V

## Controlling / Interne Revision und Personalentwicklung

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Prüfberichte	B
- Überprüfung von Arbeitsvorgängen	B
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	V

## Verwaltung (= Abteilung V)

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Disziplinarakten	Disziplinarakten: A Disziplinarverfahren: A (in Auswahl gem. <a href="#">AfE, Anlage D</a> )
- Geschäftsverteilungspläne	A
- Jahresberichte	A
- Personalakten	A (in Auswahl gem. <a href="#">AfE, Anlage D</a> )
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Aus- und Fortbildung	B
- Einführung und Betrieb von Fachverfahren und elektronischen Verfahren	B (wenn das Fachverfahren mit A bewertet wurde)
- Lehrgangsunterlagen	B
- Organisation der Behörde	B
- Statistiken	B
- Stellenpläne / Stellenbewirtschaftung	B
- Überprüfung von Mitarbeiter/innen und Arbeitsvorgängen	B
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	B, falls Federführung
- Aussonderungsverfahren	V
- Auswahlverfahren	V
- Belehrungen halbjährlich/jährlich	V
- Betreuung der Tarifbeschäftigten	V
- Beschaffung allgemein (Vorgaben, Arbeitsgruppen)	V
- Beschaffungsvorgänge (SAP, EBP, int. Warenbestellung)	V
- Bestellung Büromaterial	V
- DHL-Paketabholliste, Porto DHL Belege	V
- Dienstaufsichtsbeschwerden	V
- Dienstunfallakte	V
- Einschreiben: Nachweisliste	V
- Erlasssammlung	V

- Ermittlungsverfahren gegen Beamt/innen	V
- Genehmigung von Dienstsport	V
- Gesetz- und Verordnungsblatt	V
- Gestattungsverträge (Raumschießanlagen, Sporthallen, Hundeübungsplätze)	V
- Haushaltsunterlagen	V
- Haushandwerker: Aufträge	V
- Inventuren: Unterlagen über die Durchführung	V
- (IZEMA-)Arbeitsnachweise	V
- (IZEMA-)Korrekturbelege	V
- Kassenärztliche Vereinigung: Abrechnung	V
- Kassenanschlag	V
- Krank-/Gesundmeldungen	V
- Kreditorenstammsätze	V
- Liegenschaftsakten	V
- Mietverträge	V
- Monats- und Jahresabschlüsse	V
- MVM-Nutzungsvereinbarungen mit LBIH	V
- Neubauten, Neuunterbringungen	V
- Porto Frankiermaschine Belege	V
- Produkthaushalt	V
- Prozessakten	V
- Rechnungen	V
- Regressmaßnahmen von Beamt/innen, Anforderungen wegen Regressforderungen	V
- Schadensersatzregulierung bei Türöffnungen	V
- Schließanlage	V
- Seminare, Workshops allgemein	V
- Sicherheitsüberprüfungen für die eigene und andere Behörden	V (von Anbietungspflicht ausgeschlossen durch HSÜG)
- Staatsanzeiger	V
- Stärkemeldungen	V
- Stellenausschreibungen, Anforderungsprofile	V
- Trennungsgeld	V
- Umzugskosten	V
- Unterlagen i.R. der Kontenprüfung	V
- Unterlagen im Rahmen des Mahnverfahrens	V
- Urlaubsbögen	V
- Verpflegung	V
- Wohnungsfürsorge	V

## Abteilung Einsatzkoordination / Zentrale Dienste

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Jahresberichte	A, falls Federführung
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Beweismittel (Bild- und Tonmaterial von Einsätzen)	B
- Einführung und Betrieb von Fachverfahren und elektronischen Verfahren	B (wenn das Fachverfahren mit A bewertet wurde)
- Einsatzunterlagen	Einsätze jenseits der Landesgrenzen: B Rest: V
- Statistiken	Jährliches Berichtswesen der BPdL: A Rest: B
- Abrechnungen über Ausstattung	V
- Ausgabe-/ Übergabe-/ Leihbelege	V
- Ausschreibungsunterlagen	V
- Aussonderungsverfahren	V
- Bedienungsanleitungen für technische Geräte	V
- Beschaffung allgemein (Vorgaben, Arbeitsgruppen)	V
- Dienstbekleidung	V
- Dienst-Kfz (Einsatzschadensmeldung und Verkehrsunfallmeldung)	V
- Fahrzeugbestandsakten	V
- Fahrzeugschätzungen	V
- Fuhrparkangelegenheiten	V
- Geräteverzeichnisse	V
- Kraftstoffrechnungen	V
- Lebensakten (Handy, PC, Funkgeräte etc.)	V
- Materialbeschaffung	V
- Rollouts	V
- Rechnungen (z. Bsp. Funkstandorte, Festnetz, Mobilfunk und Datenverträge, GEZ, Breitbandkabelanschluss)	V

## Abteilung Ärztlicher Dienst

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Organisation	B
- Statistiken	B
- Aus- und Fortbildung	V

- Beschaffung, inkl. Beschaffungsvorgänge der Zentralen Arzneimittelbeschaffungsstelle (Medikamente/Impfungen)	V
- Dienstbekleidung	V
- Fuhrparkangelegenheiten	V
- Innenrevision	V
- Liegenschaften	V
- Medizinische Unterlagen/Akten (Gutachten, Karteikarten, Krankenbücher)	V
- Personal	V
- Polizeiliche Einsätze aus besonderem Anlass	V
- Zusammenarbeit mit Behörden im Bereich Katastrophenschutz	V
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	V
- Krankentagebücher	V

### **I. BP-Abteilung (Wiesbaden)**

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Aus- und Fortbildung	B
- Einsätze aus besonderem Anlass (z. Bsp. polizeiliche Einsätze zur Kriminalitätsbekämpfung, aus Anlass von Gefahren-, Schadensereignissen, Katastrophen und terroristischer Gewaltkriminalität, gegen bewaffnete Gewalttäter/innen, bei besonderen Gefährdungslagen)	B, falls Federführung
- Organisation	B
- Beschaffung	V
- Fuhrparkangelegenheiten	V
- Liegenschaften	V
- Personal	V
- Stellenausschreibungen	V

### **II. BP-Abteilung (Lich)**

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Beschwerden	B
- Einsatzakten Objektunterlagen	B
- Einsatzakten Personen- und Objektschutzmaßnahmen	B
- Einsatzakten Überwachung rückfallgefährdeter Sexualstraftäter	B, falls Federführung
- Organisation	B
- Polizeiliche Einsätze aus besonderem Anlass (z. Bsp. polizeiliche Einsätze zur Kriminalitätsbekämpfung, aus Anlass	B, falls Federführung

von Gefahren-, Schadensereignissen, Katastrophen und terroristischer Gewaltkriminalität, gegen bewaffnete Gewalttäter/innen, bei besonderen Gefährdungslagen)	
- Statistiken	B
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	B, falls Federführung
- Aus- und Fortbildung	V
- Beschaffung	V
- Dienstbekleidung	V
- Formularwesen ComVor	V
- Fuhrparkangelegenheiten	V
- Liegenschaften	V
- Objektschutz	V
- Polizeiliche Sicherheitskooperationen (Länderpolizei, Bundespolizei, Zoll)	V
- Personal	V
- Polizeikosten	V
- Zusammenarbeit mit Behörden im Bereich Katastrophenschutz	V (Federführung bei Kreisen oder RP, HMdIuS)
<b>III. BP-Abteilung (Mühlheim/Main)</b>	
- Aus- und Fortbildung, insbesondere Prüfungsunterlagen im praktischen Polizeidienst im Grundlagentraining	B
- Beschaffung / Bestellungen von Arbeitsmaterial	V
- Fahrzeugakten der Dienstfahrzeuge	V
- IZEMA-Belege	V
- Krankheits- und Urlaubsblätter	V
<b>IV. BP-Abteilung (Kassel)</b>	
- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Einsatzakten Objektunterlagen	B
- Einsatzakten Personen- und Objektschutzmaßnahmen	B
- Einsatzakten Überwachung rückfallgefährdeter Sexualstraftäter	B, falls Federführung
- Organisation	B
- Polizeiliche Einsätze aus besonderem Anlass (z. Bsp. polizeiliche Einsätze zur Kriminalitätsbekämpfung, aus Anlass von Gefahren-, Schadensereignissen, Katastrophen und terroristischer Gewaltkriminalität, gegen bewaffnete Gewalttäter/innen, bei besonderen Gefährdungslagen)	B, falls Federführung
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	B, falls Federführung
- Aus- und Fortbildung	V

- Beschaffung	V
- Dienstbekleidung	V
- Fuhrparkangelegenheiten	V
- Liegenschaften	V
- Objektschutz	V
- Personal	V
- Stellenausschreibungen	V

### **Wasserschutzpolizei-Abteilung**

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Jahresaufstellung Boote	A
- Kriminalakten	A (entsprechend der Bewertungskriterien im Anhang)
- Arbeitsgruppen-Unterlagen	B, falls Federführung
- Einsatzakten Personen- und Objektschutzmaßnahmen	B
- Polizeiliche Einsätze aus besonderem Anlass (z. Bsp. polizeiliche Einsätze zur Kriminalitätsbekämpfung, aus Anlass von Gefahren-, Schadensereignissen, Katastrophen und terroristischer Gewaltkriminalität, gegen bewaffnete Gewalttäter/innen, bei besonderen Gefährdungslagen)	B, falls Federführung
- Organisation	B
- Statistiken	B
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	B, falls Federführung
- Aus- und Fortbildung	V
- Beschaffung	V
- Dienstbekleidung	V
- Formularwesen ComVor	V
- Fuhrparkangelegenheiten	V
- Liegenschaften	V
- Personal	V
- Polizeiliche Sicherheitskooperationen (Länderpolizei, Bundespolizei, Zoll)	V
- Stellenausschreibungen	V
- Zusammenarbeit mit Behörden im Bereich Katastrophenschutz	V

### **Polizeifliegerstaffel**

- Besprechungsprotokolle	A, falls Federführung
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Auswahlverfahren	B

- Beschaffung	Erwerb von Luftfahrzeugen: B Rest: V
- Einführung und Betrieb von Fachverfahren und elektronischen Verfahren	B (wenn das Fachverfahren mit A bewertet wurde)
- Luftfahrzeugsakten (L-Akten)	B
- Statistiken	B
- Zusammenarbeit mit Behörden im Bereich Katastrophenschutz	B, falls Federführung
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden	B, falls Federführung
- Aus- und Fortbildung	V
- Belehrungen halbjährlich/jährlich	V
- Bestellung Büromaterial	V
- DHL Belege Porto	V
- Dienstbekleidung	V
- Dienstpläne	V
- Fahrzeugbestandsakten	V (beinhalten nur die Landfahrzeuge)
- Fuhrparkangelegenheiten	V
- Gesetz- und Verordnungsblatt	V
- Haushandwerker Aufträge	V
- Instandsetzungsunterlagen	V
- (IZEMA-)Arbeitsnachweise	V
- (IZEMA-)Korrekturbelege	V
- Kraftstoffabrechnung Fremdtanker	V
- Krank-/Gesundmeldungen	V
- Liegenschaftsakten	V
- Neubauten, Neuunterbringungen	V
- Objektschutz	V
- Personal	V
- Porto Frankiermaschine Belege	V
- Sicherheitsüberprüfungen für die eigene und andere Behörden	V (von Anbietungspflicht ausgeschlossen durch HSÜG)
- Staatsanzeiger	V
- Urlaubsbögen	V
<b>Polizeireiterstaffel</b>	
- Dienstanweisungen	A, falls Federführung
- Beschwerden	B
- Einsatzakten Objektunterlagen	B
- Lebensakte der Dienstpferde	B
- Beschaffung	V
- Dienstbekleidung	V



- Formularwesen ComVor	V
- Fuhrparkangelegenheiten	V
- Liegenschaften	V
- Personal	V
- Stellenausschreibungen	V

# Anhang

## Kriterienkatalog für die Beurteilung der Archivwürdigkeit von Schriftgut aus Kriminalaktsammlungen durch Polizeidienststellen

### Zeitgeschichtliche Bedeutung

Der Vorgang hat einen „aktuell interessierenden“ Hintergrund:

- (zurückliegend): Baader-Meinhof, RAF, Startbahn West usw.
- (aktuell): Ausländerfeindlichkeit, Terrorismus, Blockadeaktionen, Internetkriminalität

„Prominente“ Personen oder Organisationen sind vom Vorgang betroffen oder in ihn verwickelt:

- Prominenz bezieht sich sowohl auf den örtlichen wie den nationalen und internationalen Bereich und schließt alle Lebensbereiche (z. Bsp. Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport usw.) ein.

Der Vorgang erregt überdurchschnittlich großes öffentliches Aufsehen:

- bestimmte Delikte (z. Bsp. Missbrauch oder Tötung eines Kindes, Entführungen, Geiselnahmen, Waffendelikte, organisierte Kriminalität)
- Vorgänge mit besonders ungewöhnlichen, grausamen oder rücksichtslosen Vorgehensweisen (z. Bsp. Satanismus, Okkultismus, Amoklauf usw.)
- Fälle, die beträchtliche materielle Schäden verursachen

Der Vorgang hat einen besonderen milieu-, orts- oder regionaltypischen Hintergrund:

- Rocker, Rotlichtmilieu, Rechte Szene

### Kriminalistische Bedeutung

Täter:

- Mehrfachintensivtäter, KPS-Vorgang gibt Auskunft über (ungewöhnliche) „Karriere“
- ungewöhnliches Täterprofil
- ungewöhnliche oder erstmalig angewandte Verbrechensmethode

Polizei:

- ungewöhnlicher Aufklärungsvorgang (z. Bsp. „Kommissar Zufall“)
- ungewöhnliche oder erstmalig angewandte Aufklärungsmethode(n) bzw. -techniken
- Polizeiunterlagen stellen (wichtige) Ergänzung der staatsanwaltschaftlichen Unterlagen dar
- komplizierte Rechtslage

## Abkürzungsverzeichnis

In Aussonderungslisten vorkommende Abkürzungen:

AUF	Aus- und Fortbildung
BPdL	Bundespolizeien der Länder
D	Diebstahl
DA	Dienstanweisung
DEG	Dezentrale Ermittlungsgruppe
DUZ	Dienst zu ungünstigen Zeiten
DSP	Dienstsport
ED	Erkennungsdienst / Einbruchdiebstahl
ELS	Einsatzleitsystem
Ers	Ersuchen
ETB	Elektronisches Tätigkeitsbuch
EVD	Einsatzbeamte/r vom Dienst
FD	Fahrraddiebstahl
FS	Fernschreiben
FSS	Flugsicherungsstreife
FUS	Fundsachen
GAW	Gefahrenabwehr
GED	Gewerblicher Einbruchdiebstahl
GT	Gerichtstermin
HB	Haftbefehl
KA	Kriminalakte
KL	weist auf Strafanzeigen hin
KV	Körperverletzung
MEIT	Mehrfach- / Intensivtäter
OPE	Operative Einheit
OVK	Ordnungswidrigkeiten Verkehr
PV	Polizeikostenverordnung
RDVG	Regionale Datenverarbeitungsgruppe
SB	Sachbeschädigung
SPH	Sonstiges polizeiliches Handeln
ST	Strafanzeige
UJS	Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt
VK	Verkehrskontrolle
VMS	Vermisstensache
VST	Verkehrsstrafanzeige
VU	Verkehrsunfälle
WE	Wichtiges Ereignis
WED	Wohnungseinbruchdiebstahl

ZUA

Zuarbeit (zu bereits existierenden Vorgängen, die nicht in ComVor eingegeben werden können)

## An die Polizei ausgegebener Fragebogen zur Schriftgutverwaltung

Wie werden Ihre Unterlagen aufbewahrt?

- in einer zentralen Registratur
- in dezentralen Registraturen
- in Sachbearbeiterablagen
- in Mischformen für die Bereiche

Falls es Sachbearbeiterablagen im Haus gibt, welche hausinternen Regelungen gibt es für die Führung derartiger Ablagen?

- folgende
- keine

Verwenden Sie einen Aktenplan?

- Ja
- Nein
- Für folgende Teilbereiche der Unterlagen:

Sofern Sie einen (oder auch mehrere) Aktenpläne anwenden, bitten wir Sie, uns diese zur Verfügung zu stellen.

Führen Sie ein Aktenverzeichnis (eine Liste aller bei Ihnen vorhandenen Akten)?

- Ja
- Nein
- Nur für folgende Unterlagen:

Gibt es bei Ihnen:

- eine Aktenordnung?
- eine Geschäftsordnung?
- eine Registraturordnung?
- eine Negativ- / Positivliste aktenrelevanten Schriftgutes?
- Standards zur Benennung von Dateien?
- ein Metadatenkonzept?
- andere Hilfsmittel für die Schriftgutverwaltung:

Führen Sie elektronische Akten?

- Ja
- Nein
- in Planung für folgende Bereiche:

Falls ja: speichern Sie diese in einem Dokumentenmanagementsystem (DMS)?

- Ja
- Nein, wir speichern sie wie folgt (z.B. Fileserver, MOSS-Teamräume):
- Wir verwenden ein DMS nur für folgende Unterlagen:

Falls Sie Unterlagen elektronisch führen: Ist die Papierakte bei Ihnen trotzdem weiterhin führend?

- Ja
- In folgenden Aufgabengebieten wurde die Papierakte durch eine federführende digitale Aktenführung abgelöst:
- In folgenden Aufgabengebieten ist geplant, die Papierakte durch eine federführende digitale Aktenführung abzulösen:

Welche Fachanwendungen / Fachverfahren kommen bei Ihnen zum Einsatz?

-  
-  
-  
- ...

Gibt es Informationen, die sich nur in Fachverfahren und nicht in den Papierakten oder elektronischen Akten finden?

- Ja
- Nein
- Teilweise:

Sind technische Schnittstellen bei Ihren Fachverfahren für eine mögliche spätere Abgabe der Daten an das Digitale Archiv Hessen vorhanden?

- Ja
- Nein
- Nur für folgende Verfahren:

Haben Sie das Digitale Archiv Hessen beim Entstehungsprozess digitaler Unterlagen schon einmal beteiligt?

- Ja
- Nein
- Mitunter

Ist es schon einmal zu Datenverlusten gekommen?

- Ja, durch nicht mehr lesbare Dateiformate.
- Ja, durch nicht mehr lesbare Datenträger.
- Ja, durch nicht mehr verwendete Software.
- Ja, durch:
- Nein

Falls ja, sind die verlorenen Daten in Papierform noch einmal vorhanden?

- Ja
- Nein

Legen Sie Aufbewahrungsfristen für Ihre Unterlagen fest?

- Ja
- Nein
- Nur für folgende Unterlagen:

Gibt es derzeit Pläne für organisatorische Umstrukturierungen / Aufgabenverlagerungen innerhalb Ihrer Dienststelle?

- Ja, und zwar
- Nein

Wie viele laufende Meter Schriftgut entstehen bei Ihnen pro Jahr (Schätzung)?

Circa

Bei welchem Aufgabenbereich Ihrer Organisationseinheit fällt erfahrungsgemäß das meiste Schriftgut an?

Welche der bei Ihnen entstehenden Unterlagen erachten Sie für besonders wichtig, welche Unterlagen sollten unbedingt archiviert werden?

- ...
- ...

## Weiterführende Literatur

- Anton Arbes: Die Organisation der Hessischen Polizei, in: Polizei-Technik-Verkehr, Sonderausgabe (1981), Heft 1, S. 11-12.
- Horst Grimminger / Kurt Kraus / Peter Schmidt: Die Geschichte der hessischen Polizei und mehr, <http://www.polizei.hessen.de/icc/internetzentral/nav/9f4/9f470ee1-825a-f6f8-6373-a91bbcb63046&uCon=959185c9-27b9-9f33-62d6-1611142c388e&uTem=bff71055-bb1d-50f1-2860-72700266cb59.htm> (Abruf: 09.04.2018).
- Hermann Groß: Deutsche Länderpolizeien, <http://www.bpb.de/apuz/30826/deutsche-laenderpolizeien?p=all> (Abruf: 09.04.2018).
- Hessischer Minister des Innern (Hrsg.): Polizei in Hessen, Wiesbaden 1980.
- Hessisches Ministerium des Innern: Die Neuorganisation der Polizeidirektion, in: Hessische Polizeirundschau (1994), Heft 12, S. 35-36.
- Gerhard Kastl: 50 Jahre Hessische Bereitschaftspolizei, <https://www.polizei.hessen.de/Dienststellen/Hessisches-Bereitschaftspolizeipraesidium/Ueber-uns/Geschichte/binarywriterservlet?imgUid=7d54076b-818a-f421-4418-7812109241c2&uBasVariant=11111111-1111-1111-1111-111111111111> (Abruf: 09.04.2018).
- Annekathrin Miegel: Zwischen analog und digital. Analyse der Schriftgutverwaltung der Polizei am Beispiel der Strafverfolgung zur Optimierung der archivischen Überlieferungsbildung. Transferarbeit im Rahmen der Laufbahnprüfung für den höheren Archivdienst an der Archivschule Marburg – Hochschule für Archivwissenschaft. Ms. 2015.
- N.N.: Organisationsreform 2001. Die hessische Polizei bekommt ein neues Gesicht, in: Hessischer Polizeireport (2000), Heft 12, S. 4-13.